

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Wolfgang Klauder

Zu den demographischen und ökonomischen  
Auswirkungen der Zuwanderung in die  
Bundesrepublik in Vergangenheit und Zukunft

26. Jg./1993

**4**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin  
Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.  
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104  
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de); (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de); (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de); Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Zu den demographischen und ökonomischen Auswirkungen der Zuwanderung in die Bundesrepublik in Vergangenheit und Zukunft

Wolfgang Klauder\*

Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, aus gesamtwirtschaftlicher Sicht einen Überblick über die bisherigen und die in Zukunft möglichen globalen Auswirkungen einer Nettozuwanderung auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt zu geben. Unberücksichtigt bleiben in dieser rein demographisch-ökonomischen Analyse alle weiteren, nicht minder wichtigen Fragen, die eine Zuwanderung aufwirft, etwa auf den Struktur-, gesellschafts- und sozialpolitischen Gebieten.

Zunächst wird kurz auf die grundsätzlich zu erwartenden ökonomischen Auswirkungen einer Zuwanderung eingegangen. Im ersten Hauptteil erfolgt sodann auf der Basis eines statistischen Vergleiches und der vorliegenden Simulationen mit makroökonomischen Modellen ein Rückblick auf die Wanderungs- und Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik. Im zweiten Hauptteil werden anhand von Bevölkerungs- und Arbeitsmarktprojektionen die Auswirkungen weiterer Zuwanderungen diskutiert. Die wichtigsten Ergebnisse sind:

- Die ökonomischen Folgen einer Zuwanderung differieren je nach wirtschaftlicher Ausgangslage, nach Umfang und Struktur der Zuwanderung sowie nach Fristigkeit der Betrachtung.
- Im allgemeinen sind per Saldo letztlich günstige Impulse auf Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt und öffentliche Haushalte zu erwarten.
- Kurzfristig erhöhen die Zuwanderer jedoch die Zahl der Arbeitsuchenden und die öffentlichen Ausgaben. In Krisen- oder Rezessionszeiten kann diese Belastung auch länger anhalten.
- In der Bundesrepublik können bisher vier mittelfristige Wanderungsphasen unterschieden werden, denen sich auch vier unterschiedliche Arbeitsmarktphasen zuordnen lassen.
- Bis zum Beginn der jetzigen Rezession hat sich das tatsächliche Wanderungsgeschehen in allen Phasen insgesamt gesehen eher positiv als nachteilig auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung ausgewirkt. Die Zuwanderungen förderten Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, auch wenn sie kurzfristig teilweise zunächst Anpassungslasten auslösten. In den Rezessionsjahren gereichte der Anwerbepstopp zum Vorteil.
- Die Befunde sprechen dafür, daß das Ausmaß der positiven Wirkung aber auch von dem Anteil qualifizierter und engagierter Arbeitskräfte unter den Zuwanderern abhängt.
- Für die Zukunft ist eine allgemeine Arbeitskräfteknappheit vorerst nicht in Sicht. Solange die Beschäftigung nicht wieder ansteigt und die derzeitige extrem hohe Arbeitslosigkeit anhält, bedeuten weitere Nettozuwanderungen auch ökonomisch in der Regel eher eine Belastung. Dies gilt insbesondere dann, wenn zunehmend unqualifizierte und der deutschen Sprache kaum mächtige Personen zuwandern.
- Zuwanderungen können zwar den aufgrund der niedrigen Geburtenziffern langfristig möglichen Rückgang von Bevölkerung und Arbeitskräftepotential kompensieren. Sie können jedoch die Alterung der Bevölkerung und die Belastung der Erwerbstätigen durch den Generationenvertrag nur dann merklich abmildern, wenn ständig und in großem Umfang vorwiegend Jugendliche zuwandern würden.
- Selbst nach 2010 besteht kein Zwang zu umfangreichen Zuwanderungen. Potentialrückgang und Alterslast lassen sich statt durch Zuwanderer auch durch längere Lebens- und Jahresarbeitszeiten, vermehrte Frauenerwerbstätigkeit und Forcierung des Produktivitätsfortschrittes deutlich abschwächen. Diese Alternativen werfen allerdings ebenfalls Probleme auf und setzen erheblich flexiblere und individuellere Arbeitszeiten und Übergänge in den Ruhestand sowie einen massiven Ausbau der Weiterbildung voraus.
- Die Gesamtbelastung der Erwerbstätigen zur Versorgung der Nichterwerbstätigen kann außerdem durch den Abbau der Arbeitslosigkeit entscheidend verringert werden.

Der Beitrag schließt mit dem Hinweis, daß es einer sowohl integrierenden als auch reglementierenden bewußten Einwanderungspolitik bedarf, wenn eine Überforderung des Arbeitsmarktes, der Bevölkerung und der Zuwanderer vermieden werden soll.

---

\* Dr. Wolfgang Klauder ist Leiter des Arbeitsbereiches „Mittel- und langfristige Vorausschau“ im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors.

## Gliederung

- 1 Einleitung
  - 2 Zu den grundsätzlichen ökonomischen Auswirkungen einer Zuwanderung
  - 3 Rückblick
    - 3.1 Erste Phase 1945-60: Flüchtlingswelle – Bevölkerung-/Potentialwachstum – Wirtschaftswunder
    - 3.2 Zweite Phase 1961-73: Gastarbeiterwelle – Bevölkerungswachstum – Schrumpfung des heimischen Potentials – Vollbeschäftigung
    - 3.3 Dritte Phase 1974-87: Anwerbestopp – Bevölkerungsschrumpfung – Potentialwachstum – Arbeitslosigkeit
    - 3.4 Vierte Phase 1988-92: Übersiedler-/Aussiedler-/Asylbewerberzustrom – Bevölkerungswachstum – Wiedervereinigungsboom – sinkende Arbeitslosigkeit
    - 3.5 Zuwanderung 1945-1992 Ballast oder Stütze?
  - 4 Vorausschau
    - 4.1 Bevölkerungsperspektiven
    - 4.2 Perspektiven des Arbeitskräfteangebots
    - 4.3 Perspektiven des Arbeitskräftebedarfs
    - 4.4 Perspektiven des Generationenvertrages
  - 5 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen
- Literaturverzeichnis

## I Einleitung

In das Gebiet der alten Bundesrepublik sind vom Ende des II. Weltkrieges bis 1992 netto rd. 20 Mio. Zuwanderer gestromt: Über 13 Mio. Deutsche und Deutschstämmige als Vertriebene, Flüchtlinge, Übersiedler und Aussiedler sowie rd. 6,5 Mio. Ausländer als „Gastarbeiter“ und Asylbewerber sowie im Zuge des Familiennachzugs. Nachdem die Zuwanderung von Deutschen durch den Mauerbau 1961 und von Ausländern nach dem Anwerbestopp von 1973 abgeflaut war, hat sie in den letzten Jahren durch die Umwälzungen im ehemaligen Ostblock neuen Auftrieb erhalten. Allein von 1988 bis 1992 kamen netto rd. 1,2 Mio. Aussiedler und 2,0 Mio. Ausländer, darunter rd. 1,1 Mio. Asylbewerber, nach Deutschland, nach Westdeutschland außerdem 1,1 Mio. ostdeutsche Übersiedler. 1993 könnten in Deutschland per Saldo nochmals rd. 0,6 Mio. Personen zugewandert sein (Autorengemeinschaft 1993).

In den nächsten Jahren ist sowohl mit einem weiteren Zustrom an Aussiedlern – das Potential wird noch auf ca. 3 Mio. geschätzt –<sup>1</sup> als auch mit einem anhaltenden Zuwanderungsdruck an Ausländern zu rechnen. Die Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt, die Öffnung der Grenzen des wirtschaftlich darniederliegenden Osteuropas, die

allenthalben aufflackernden Kriege, die drohenden Umweltkatastrophen, die allgemeine Internationalisierung des Wirtschaftens und die weltweite Verbreitung des westlichen Lebensstils und Wirtschaftssystems – eine „Wert-homogenisierung der Welt“, wie der Züricher Soziologe Hoffmann-Nowotny es nennt – werden in Zukunft weltweit die Zuwanderungswünsche und -ströme in die jeweils reicheren Länder in einem Ausmaß anschwellen lassen, wie es heute noch kaum vorstellbar ist.

Die skizzierten Wanderungstendenzen stoßen in der Bundesrepublik auf folgende Konstellation: Einerseits liegen die Geburtenziffern nur bei zwei Dritteln des Bestandserhaltungsniveaus – in Westdeutschland schon seit den 70er Jahren –, so daß die einheimische Bevölkerung schrumpft. Andererseits hat die offene und versteckte Erwerbslosigkeit zur Zeit einen Rekordumfang erreicht: jeder 6. Erwerbswillige ist ohne einen normalen Arbeitsplatz, jeder 12. arbeitslos registriert. Außerdem gibt es bereits fast 3,5 Mio. ausländische Erwerbspersonen in Deutschland, von denen über 1 Mio. ohne Arbeit sind (registrierte Arbeitslose und Stille Reserve einschl. der Arbeitssuchenden ohne Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung). In Westdeutschland ist etwa jede zehnte Erwerbsperson ein Ausländer. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen beträgt gut 8%, an den registrierten Arbeitslosen 15%, an der Stillen Reserve etwa ein Drittel. Außerdem droht die Arbeitslosigkeit auch auf längere Sicht auf hohem Niveau zu verharren (Prognos AG 1993).

Es ist sicherlich nicht überraschend, daß die Wanderungstendenzen bei dieser Konstellation in Deutschland in der letzten Zeit nicht nur heftige kontroverse Diskussionen, sondern auch erhebliche Befürchtungen ausgelöst haben. Abgesehen von Überfremdungsängsten werden in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation zunehmend auch ökonomische Ängste geäußert: Erhöhen Zuwanderer nicht die Arbeitslosenzahlen? Verdrängen sie nicht Einheimische von ihren Arbeitsplätzen? Belasten sie nicht das soziale Netz? Könnte in Westdeutschland nicht ohne die 3,5 Mio. ausländischen Erwerbspersonen Vollbeschäftigung herrschen? Andere verweisen dagegen darauf, daß Deutschland wegen seiner niedrigen Geburtenziffern auf Zuwanderung angewiesen sei. Ohne Zuwanderung würden in Zukunft z.B. die Arbeitskräfte knapp, die Wirtschaft schrumpfen und das soziale Netz, insbesondere die Renten, nicht mehr bezahlbar. Z. B. stellte sich kürzlich Wolfram Engels in seinem *Wirtschaftswoche-Kommentar* hinter die These von Heiner Geißler, daß die einzige verbleibende Möglichkeit zur Lösung des Rentenproblems für die heute unter 40jährigen die Zuwanderung von etwa 0,5 Mio. jungen Ausländern pro Jahr sei (Engels 1993, S. 194). Was ist von derartigen Vorschlägen, Befürchtungen und Argumenten zu halten? Brauchen wir weitere Zuwanderungen? Sind Zuwanderungen Ballast oder Stütze der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und des Sozialsystems?<sup>2</sup>

## 2 Zu den grundsätzlichen ökonomischen Auswirkungen einer Zuwanderung

Die ökonomischen kurz- und längerfristigen Auswirkungen einer Zuwanderung sind nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Wissenschaft umstritten, ebenso wie die Beziehungen zwischen der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung und dem Wirtschaftswachstum. Dies ist nicht verwunderlich, ergibt sich doch das Wirtschafts- und Arbeitsmarktgeschehen aus einem hochkomplexen Zusammenspiel vieler unterschiedlicher Faktoren.

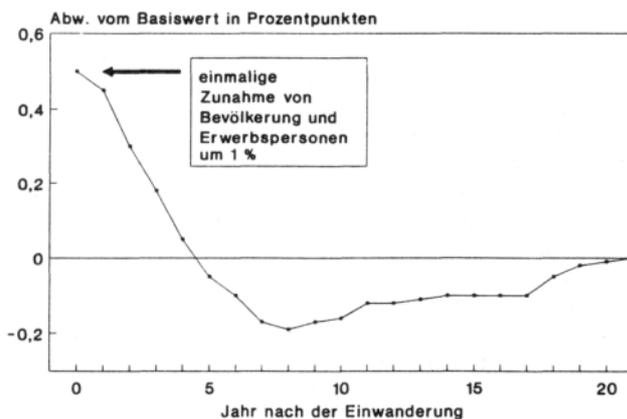
<sup>1</sup> Nach Schätzungen der Bundesregierung leben noch etwa 3,5 Mio. Deutsche in Aussiedlungsgebieten (vgl. Koll/Ochel/Vogler-Ludwig 1993, S. 7). Knabe (1992) rechnet damit, daß zwischen 1991 und 2000 aus Osteuropa etwa 2-3 Mio. Personen zuwandern wollen, davon rd. 2,7 Mio. als Aussiedler. Zu den Wanderungstendenzen im ehemaligen Ostblock vgl. auch Hönekopp (1991, 1993, S. 67).

<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang sei auch auf eine neue Veröffentlichung von Hof (1993) verwiesen, die allerdings erst nach Abschluß dieses Manuskriptes vorlag.

In den vergangenen Jahrzehnten nahmen die meisten Demographen und Demo-Ökonomen aufgrund historischer Parallelität, theoretischer Überlegungen und noch relativ einfacher Simulationsmodelle einen grundsätzlich positiven Zusammenhang zwischen der demographischen und der ökonomischen Entwicklung an (Vgl. z. B. Felderer 1983, S. 193 f.). Allerdings konnte in der Vergangenheit diese Hypothese häufig nicht ausreichend empirisch belegt werden. Der Wiener Nationalökonom Feichtinger bezweifelte daher 1977, daß der demographische und der ökonomische Sektor eng und eindeutig verknüpft sind, dafür sei bisher noch keine empirische Bestätigung geliefert worden (1977, S. 31).

Erst in den letzten Jahren ermöglichten die Fortschritte der modernen Computertechnik die ökonomischen Folgen der Bevölkerungsentwicklung – und zwar insbesondere einer Bevölkerungszunahme durch Einwanderung – mit makroökonomischen Modellen empirisch näher zu untersuchen (z. B. Jahnke 1990, Franz/Smolny 1990, Barabas u. a. 1992, Koll/Ochel/Vogler-Ludwig 1993). Die vorliegenden Ergebnisse sprechen zwar tendenziell ebenfalls für per Saldo – vor allem längerfristig – eher positive Einflüsse. Die Aussagen können jedoch je nach wirtschaftlicher Ausgangslage sehr unterschiedlich ausfallen und gelten auch nur auf sehr globaler Ebene. Außerdem zeigen sie, daß es zumindest kurzfristig auch deutliche negative Effekte und Anpassungslasten gibt. In einer Besprechung des Tagungsbandes zur einschlägigen 1989er Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik (Felderer 1990) kommt schließlich Gundlach (1993, S. 432) zu dem Ergebnis, daß sich die Ansicht durchgesetzt habe, die Zusammenhänge seien komplex, das Bevölkerungswachstum könne sowohl negative als auch positive Effekte haben und viele dem Bevölkerungswachstum zugeschriebene Probleme hätten andere Ursachen.

**Übersicht 1: Simulation eines „Einwanderungsschocks“**  
(Auswirkung auf die Arbeitslosenquote im Modell für Westdeutschland)



Quelle: ifo Institut, Koll/Ochel/Vogler-Ludwig (1993), S. 13

Die „im Normalfall“ zu erwartende grundsätzliche Auswirkung einer Einwanderung auf den Arbeitsmarkt demonstriert eine im Ifo-Institut für Westdeutschland vorgenommene makroökonomische Simulation eines einmaligen Einwanderungsschocks in Höhe von jeweils 1% der Bevölkerung und der Erwerbspersonen (Koll/Ochel/Vogler-Ludwig 1993, S. 12 f.). Wie Übersicht I zeigt, kommt es

zunächst zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit im Umfang der zuwandernden Erwerbspersonen, da die Zuwanderer ja bei ihrem Eintreffen noch über keinen Arbeitsplatz verfügen. Dementsprechend erhöht sich auch zunächst das Staatsdefizit. Binnen 5 Jahren ist jedoch diese anfängliche Arbeitslosigkeit, die man als eine Anpassungsarbeitslosigkeit ansehen kann, voll abgebaut. Vom 5. bis zum 20. Jahr nach der Einwanderung liegen die Arbeitslosenquoten trotz der Einwanderung sogar unter den Vergleichswerten einer Simulation ohne Einwanderung. „Der zuwanderungsbedingte Anstieg der Bevölkerungszahl wirft die Wirtschaft nicht aus dem Gleichgewicht, sondern führt sie im Zuge von Nachfrage- und Angebotsausweitung auf einen höheren Wachstumspfad, der auch die Beschäftigung der eingewanderten Bevölkerung weitgehend sichert. Ohne die Zuwanderung bleiben die Wachstumsimpulse hingegen aus, und die Beschäftigung erleidet Einbußen, soweit es nicht gelingt, zusätzliche Märkte auf andere Weise zu erschließen. Das durchschnittliche Realeinkommen pro Kopf nimmt im Simulationszeitraum mit und ohne Zuwanderung um etwa ein Drittel zu. Die Einwanderung gefährdet daher die Wohlfahrtsperspektiven der inländischen Bevölkerung nicht ...“ (S. 12).

Diese „Normalreaktion“ bedarf jedoch der Modifizierung. Was geschieht z.B., wenn sich die Wirtschaft in einer tiefen Rezession befindet oder es jedes Jahr zu einem Zuwanderungsschub kommt? Im ersten Fall dürfte sich der Anpassungsprozeß verzögern und demzufolge die anfängliche Anpassungsarbeitslosigkeit länger anhalten, da dann dem Einwanderungsimpuls kontraktive Rezessionstendenzen gegenüberstehen. Im zweiten Fall dürfte es länger dauern, bis die Wirtschaft den zur Integration fortlaufenden Einwanderung nötigen noch höheren Wachstumspfad erreicht, so daß für einen längeren Zeitraum als im Ifo-Beispiel mit einer höheren Anpassungsarbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Außerdem differenzieren alle bisher bekannten gesamtwirtschaftlichen Simulationsmodelle nicht nach der Struktur der Einwanderung. Sie berücksichtigen infolgedessen z.B. keine Altersstrukturen und auch keine strukturellen Diskrepanzen zwischen Angebot und Bedarf an Arbeitskräften, sondern weisen nur globale Ergebnisse aus.

Zweifellos sind Zuwanderer im allgemeinen relativ flexibel, regional sogar zumeist zunächst erheblich mobiler als z.B. die heimische Bevölkerung, und sie pflegen in der Regel mit großem Elan und zugleich häufig unter Inkaufnahme zunächst niedriger Einkommen und bescheidener Wohnverhältnisse an den Aufbau einer neuen Existenz zu gehen. Der positive Einfluß einer Zuwanderung auf Strukturwandel und Wachstum der Wirtschaft dürfte dabei um so größer sein, je höher der Anteil junger und qualifizierter Erwerbspersonen an den Zuwanderern ist und dadurch z. B. Fachkräfteengpässe vermieden oder behoben werden können. Hohes Alter, geringe Qualifikation, mangelnde Sprachkenntnisse müssen dagegen diesen positiven Humankapitaleinfluß deutlich mindern.

Wie sind nun im Lichte dieser grundsätzlichen Bemerkungen die Zuwanderungen in die Bundesrepublik in Vergangenheit und Zukunft zu beurteilen?

### 3 Rückblick

Wirft man einen Blick zurück auf die Geschichte der Bundesrepublik, so lassen sich bisher vier von Wanderun-

## Übersicht 2: Mittelfristige Phasen der westdeutschen Arbeitsmarktentwicklung 1950–1992

Veränderungen in Mio. Personen/% p. a.

Zeitraum	Arbeitslosigkeit	Produktion durchschn. jährlich	Erwerbstätige	Potential an Erwerbspersonen	Bevölkerung
1950/60 Flüchtlingswelle	Abbau – 1,6 Mio.	Starke Expansion + 8,2%	Starke Expansion + 5,0 Mio.	Expansion + 2,5 Mio.	Starke Expansion + 4,6 Mio. Wanderungssaldo ca. + 3 Mio.
1960/73 Gastarbeiterwelle	Vollbeschäftigung + 0,0 Mio.	Expansion + 4,4%	Leichte Expansion + 1,0 Mio.	Leichte Expansion + 1,0 Mio. (Dtsche. – 1,2 Mio.)	Starke Expansion + 6,5 Mio. Wanderungssaldo + 4,0 Mio.
1973/87 Anwerbestopp	Zunahme + 2,0 Mio. (zusätzlich Stille Reserve + 1,2 Mio.)	Leichte Expansion + 1,8%	Stagnation – 0,0 Mio.	Starke Expansion + 3,2 Mio.	Stagnation/Schrumpfung – 0,9 Mio. Wanderungssaldo + 0,7 Mio.
1987/92 Übersiedler, Aussiedler, Asylbewerber	Abnahme – 0,2 Mio.	Expansion + 3,5%	Expansion + 2,4 Mio.	Expansion + 2,3 Mio.	Starke Expansion + 4,1 Mio. Wanderungssaldo + 4,0 Mio.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, IAB-Berechnungen

gen unterschiedlich geprägte Entwicklungsphasen unterscheiden (Übersicht 2).<sup>3</sup>

### 3.1 Erste Phase 1945-60: Flüchtlingswelle – Bevölkerungs-/Potential wächst um – Wirtschaftswunder

Seit dem Ende des II. Weltkrieges waren bis 1950 bereits ca. 8 Mio. Vertriebene in das Gebiet der alten Bundesrepublik gekommen. Von 1950 bis 1960 flüchteten nochmals rd. 3 Mio. Deutsche aus der damaligen DDR und aus Osteuropa nach Westdeutschland. Die Flüchtlingswelle trug zu einer starken Expansion der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotentials bei und damit allerdings auch zu der in den ersten Jahren der Bundesrepublik recht hohen Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig kam es jedoch zum „deutschen Wirtschaftswunder“ mit einem Wirtschaftswachstum von gut 8% p.a. und einem Beschäftigungsanstieg von 5,0 Mio. in den 50er Jahren. Trotz der enormen Zuwanderung war dadurch schon bis 1957 die hohe Nachkriegsarbeitslosigkeit weitgehend abgebaut. 1960 lag die Arbeitslosenquote sogar nur noch bei 1,3%.

<sup>3</sup> Der Autor hat schon mehrmals auf folgendes hingewiesen: „Für den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik lassen sich aufgrund der Entwicklung von Bevölkerung und Erwerbsbeteiligung neben konjunkturellen auch darüber hinausgreifende ausgeprägte Phasen von bisher jeweils etwa 10 bis 15 Jahren Dauer feststellen. Erst diese Phasenbetrachtung auf mittlere Sicht macht den großen Einfluß von Bevölkerung und Erwerbsbeteiligung auf die Arbeitsmarktlage und die Struktur der Beschäftigung deutlich.“

Die verbreitete rein konjunkturell orientierte Erklärung der Arbeitslosigkeit – man denke z.B. auch an das sog. Okun'sche Gesetz – und die Vernachlässigung der längerfristigen Potential-Wellen und Bevölkerungstendenzen greifen zu kurz und verleiten zu Fehlschlüssen. Die Arbeitslosigkeit ist eine Saldogröße aus Bedarf und Angebot. Nur der Bedarf resultiert unmittelbar aus der konjunkturellen Entwicklung von Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritt, deren Grundtendenzen allerdings wiederum auch von den längerfristigen Bevölkerungs- und Erwerbsbeteiligungstrends beeinflusst zu sein scheinen. Alle Befunde deuten darauf hin, daß zwischen der Entwicklung von Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft Zusammenhänge existieren, die näherer theoretischer und empirischer Untersuchungen bedürfen und in eine historische Gesamtschau einzufügen wären. Diese Zusammenhänge sollten in der Nationalökonomie stärker beachtet werden. Bislang gibt es dafür keine empirisch gehaltvolle, den komplexen Zusammenhängen gerecht werdende ökonomische, geschweige denn meta-ökonomische Theorie.“ (Klauder 1989a, S. 180).

Diese Entwicklung dürfte auch etwas damit zu tun haben, daß bei dem damaligen Flüchtlingszustrom der Anteil hochmotivierter qualifizierter Erwerbspersonen jüngeren und mittleren Alters recht hoch war. Außerdem wurde die Integration durch die gleiche Nationalität und Sprache erleichtert. Somit stand für die Wiederaufbauphase ein erheblicher Potentialüberschuß an qualifizierten und motivierten Arbeitskräften zur Verfügung. Ohne diesen Humankapitalüberschuß wäre es vermutlich nicht zum Wirtschaftswachstum dieses Umfangs gekommen.

### 3.2 Zweite Phase 1961-73: Gastarbeiterwelle – Bevölkerungswachstum – Schrumpfung des heimischen Potentials – Vollbeschäftigung

Die Zuwanderung der Jahre 1961 bis 1973 hatte einen völlig anderen Charakter als der vorherige Flüchtlingszustrom. Als nach der erreichten Vollbeschäftigung in den 60er Jahren einerseits die Bildungsbeteiligung zunahm, man allmählich auch früher in den Ruhestand zu gehen begann und 1973 schließlich die „flexible Altersgrenze“ in Kraft trat, andererseits der Mauerbau von 1961 den Flüchtlingszustrom zum Erliegen gebracht hatte, kam es zu einer Trendwende beim Potential an deutschen Erwerbspersonen. Dieses sank bis 1973 um 1,2 Mio. Dadurch drohte allgemeiner Arbeitskräfteengpaß. Zum Ausgleich wurden systematisch „Gastarbeiter“ aus südeuropäischen Ländern angeworben. Während 1960 noch keine 0,5 Mio. Ausländer in der Bundesrepublik gelebt hatten, betrug 1973 die Anzahl ausländischer Arbeitskräfte bereits 2,6 Mio. und die ausländische Einwohnerzahl knapp 4 Mio.

Durch diese Anwerbung konnte zweifellos die Gefahr globaler und struktureller inflationstreibender und wachstumsbegrenzender Arbeitskräfteengpässe weitgehend verhindert oder entschärft werden. Das Wirtschaftswachstum erreichte in der zweiten Phase im Durchschnitt 4,4% p.a. Absolut wuchs das reale Sozialprodukt sogar jährlich um den gleichen Betrag wie in den 50er Jahren. Bei einem niedrigeren Gastarbeiterzustrom als geschehen wäre es dagegen auch nach den makroökonomischen Modellsimulationen von Franz und Smolny (1990, S. 206) in den Hochkonjunkturjahren 1968-73 zu geringerem Wirtschafts-

Wachstum sowie zu höheren Preis- und Lohnsteigerungen gekommen. Allerdings klagten die Unternehmen trotz der Gastarbeiter zunehmend über wachstumshemmende Qualifikationsengpässe, waren die Gastarbeiter doch zumeist wenig qualifiziert und der deutschen Sprache kaum mächtig. Dies begünstigte eine gewisse Dualisierung der Erwerbstätigkeit in häufig komplementär aufeinander bezogene gute und schlechte Arbeitsplätze und den Aufstieg Deutscher mit Ausbildungsvorteilen auf attraktivere Arbeitsplätze. Für die Entwicklung mancher Wirtschaftszweige – wie z.B. Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Fahrzeugbau, Baugewerbe, Hotel- und Gaststättengewerbe – mit einem zumindest damals relativ hohen Anteil unattraktiver oder nur gering qualifizierter Tätigkeitsfelder wurde die Ausländerbeschäftigung sogar von so großer Bedeutung, daß es allein schon vom Umfang und der örtlichen Konzentration dieser Arbeitsplätze her heute kaum mehr möglich ist, die ausländischen Arbeitskräfte kurzfristig durch Deutsche oder gar durch kapitalintensive Rationalisierungsinvestitionen zu substituieren.

Ohne die Gastarbeiter hätte sicherlich aufgrund einer Arbeitskräfteknappheit der Strukturwandel zu einer kapitalintensiveren und arbeitsproduktiveren Wirtschaft erheblich beschleunigt werden müssen<sup>4</sup>. Kapitalvernichtung bzw. Verschrottung sonst noch rentabler Anlagen und erhebliche strukturelle Friktionen mit erhöhtem Flexibilitätsbedarf bei deutschen Arbeitskräften wären die unvermeidliche Folge gewesen. Eine offene Frage ist indessen, ob dadurch nicht heute die deutsche Wirtschaft bei den veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen international konkurrenzfähiger dastünde. In einem verbreiteten Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre bezeichnet Stobbe (1987, S. 327) die Anwerbung der Gastarbeiter von 1960 bis 1973 wegen der infrastrukturellen Folgekosten und der sozialen und ökonomischen Folge-Probleme sogar als einen der folgenschwersten wirtschaftspolitischen Fehler in der Geschichte der Bundesrepublik.

### 3.3 Dritte Phase 1974-87: Anwerbestopp – Bevölkerungsschrumpfung – Potentialwachstum – Arbeitslosigkeit

Die 1973 einsetzende erste Ölkrise markiert das Ende der Nachkriegsära. Wichtige Rahmenbedingungen des Wirtschaftslebens auf den Gebieten der Technik und Umwelt, der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der Bevölkerung und der Weltanschauung begannen sich zu ändern (vgl. Klauer 1990, 1991a, S. 17 ff.). Der von der Ölkrise

<sup>4</sup> Zur Diskussion um die Vor- und Nachteile der Ausländerbeschäftigung vgl. auch Spitznagel (1987) und die dort zitierte Literatur. Spitznagel kommt allerdings nicht nur zu einem insgesamt positiven Einfluß der Ausländerbeschäftigung auf Wachstum und Beschäftigung, sondern auch zu der Aussage, daß die Ausländerbeschäftigung im Hinblick auf die Produktivitätsentwicklung neutral sei (S. 263). Letzteres steht jedoch nur auf den ersten Blick im Widerspruch zur These des Autors, da Spitznagel auf die Unterschiede der sektoralen Ausländerquoten abstellt und nicht auf die Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung auf das Gesamtangebot an Arbeitskräften und dadurch auf die längerfristige Relation von Arbeit zu Kapital. Daß Zuwanderungen den längerfristigen Trend zur Substitution von Arbeit durch Kapital abbremsen, folgt im übrigen nicht nur aus der Wirtschaftstheorie, sondern ergibt sich auch aus Simulationen mit makroökonomischen Modellen wie z. B. mit dem im IAB installierten SYSIFO-Modell.

<sup>5</sup> Bei einem genaueren Zahlenvergleich ist zu beachten, daß sich die Differenz zwischen Potential- und Beschäftigungsentwicklung außer in der registrierten Arbeitslosigkeit auch in der Stillen Reserve niederschlägt. Letztere dürfte sich schon 1992 wieder merklich erhöht haben, zu einem nicht geringen Teil allein wegen der erleichterten Arbeitslaubnis für Asylbewerber, die jedoch keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. (Vgl. Autorengemeinschaft 1992, S. 459).

ausgelöste Beschäftigungseinbruch führte zu einem bis heute andauernden Anwerbestopp aus Nicht-EG-Ländern. Erlaubt blieb nur die Familienzusammenführung. Bis 1987 kam es dadurch nur noch zu einer geringfügigen Nettozuwanderung. Außerdem schrumpfte die deutsche Bevölkerung. 1987 lebten im Bundesgebiet schließlich rd. 1 Mio. weniger Menschen als 1974, dem Jahr mit dem bis dahin höchsten Bevölkerungsstand. Geburten- und Bevölkerungsrückgang lösten in Wissenschaft und Öffentlichkeit heftige Diskussionen um die Auswirkungen aus. In der Wirtschaft machten sich erste Anzeichen von langfristigem Nachfragepessimismus bemerkbar.

Nicht beachtet wird häufig, daß die beiden Beschäftigungseinbrüche der Jahre 1974-76 (- 1,2 Mio) und der Jahre 1981-83 (- 0,7 Mio) jeweils binnen vier Jahren wieder aufgeholt werden konnten. Trotzdem gelang kein durchgreifender Wiederabbau der jeweils entstandenen Arbeitslosigkeit, vielmehr verfestigten sich die Arbeitslosenzahlen schließlich bei über 2 Mio. zuzüglich einer Stillen Reserve von rd. 1 Mio. Dies hat auch damit zu tun, daß sich zwischen 1973 und 1987 das Erwerbspersonenpotential (mit + 3 Mio) im gleichen Umfang erhöhte, bedingt durch die stark besetzten Nachwuchsjahrgänge der Nachkriegszeit und die seit den 70er Jahren zunehmende Erwerbsneigung der verheirateten Frauen. Um diesen Potentialanstieg ebenfalls zu absorbieren, reichte das 1973/87 erzielte Wirtschaftswachstum von durchschnittlich knapp 2% p.a. trotz gleichfalls verlangsamten Produktivitätsfortschritts nicht mehr aus.

Ohne Anwerbestopp wäre es in dieser Phase zu einem noch höheren Potentialanstieg und damit zweifellos wohl auch zu einer zumindest zeitweilig noch höheren Arbeitslosigkeit gekommen. Diese Vermutung wird durch die makroökonomischen Simulationen von Franz und Smolny (1990, S. 207) bestätigt. Ein konstanter Gastarbeiterzuwachs von netto jährlich 0,2 Mio. Nicht-EG-Ausländern hätte ihren Simulationen zufolge in dieser Periode zu anhaltend höheren Arbeitslosenzahlen, jedoch auch zu einem höheren Beschäftigungspfad bei geringerem Lohn- und Preisauftrieb geführt.

### 3.4 Vierte Phase 1988-92: Übersiedler-/Aussiedler-/Asylbewerberzuwachs – Bevölkerung-/Potentialwachstum – Wiedervereinigungsboom – sinkende Arbeitslosigkeit

1988 setzte eine erneute Trendwende in der Wanderungsentwicklung ein, ausgelöst und ermöglicht vor allem durch die politischen Umwälzungen im ehemaligen Ostblock. Insgesamt kamen binnen 5 Jahren 4 Mio. Zuwanderer nach Westdeutschland. Außerdem pendeln seit der Wiedervereinigung viele ostdeutsche Erwerbspersonen zur Arbeit in den Westen, zuletzt rd. 0,4 Mio.

Diese Wanderungstendenzen trugen erheblich dazu bei, daß sich das westdeutsche Arbeitskräftepotential bis 1992 gegenüber 1987 nochmals mit + 2,3 Mio. kräftig erhöhte. Dennoch konnte die Zahl der registrierten Arbeitslosen im gleichen Zeitraum deutlich verringert werden, in den drei Jahren 1989-91 sogar um über 0,5 Mio, da im Zuge des Wiedervereinigungsbooms mit Raten des Wirtschaftswachstums von bis zu 5% die Beschäftigung mit + 2,4 Mio. im Zeitraum 1987/92 noch stärker zunahm als das Potential.<sup>5</sup> Trotz der Zuwanderung verminderte sich selbst bei den Ausländern die von jeher überdurchschnittliche Arbeitslosenquote um mehrere Prozentpunkte. Dem allgemeinen Beschäftigungsanstieg und Abbau der Arbeitslosigkeit setzte erst die 1992 einsetzende Wirtschaftsrezession

ein vorläufiges Ende, während der Zuwandererstrom anhielt. Bemerkenswert ist allerdings, daß entgegen diesem allgemeinen Trend die Ausländerbeschäftigung zunächst noch weiter anstieg.<sup>6</sup>

In der Expansions-Phase 1988-92 scheint somit die Zuwanderung zumindest im gesamtwirtschaftlichen Saldo keine durchschlagenden negativen ökonomischen Effekte gehabt zu haben. Hätte aber nicht vielleicht ohne Zuwanderung und ohne den daraus resultierenden Potentialanstieg der Abbau der Arbeitslosigkeit noch stärker ausfallen können?

Gestützt wird die positive Einschätzung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktauswirkungen der in dieser Phase erfolgten Zuwanderungen durch die Simulationen von Barabas u. a. (1992, S. 148 ff.). In einer mit dem makroökonomischen Konjunkturmodell des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung vorgenommenen Analyse der Auswirkungen der von 1988 bis 1991 nach Westdeutschland erfolgten Zuwanderungen (3,6 Mio. Deutsche und Ausländer) kommen sie zu dem Ergebnis, „daß der Zuwanderungsstrom auf Bruttosozialprodukt, Arbeitsmarkt und Staatshaushalt durchweg positive Wirkungen hatte“ (S. 152).<sup>7</sup> Zwar erhöhte sich durch die Zuwanderung zunächst die Arbeitslosenquote um 0,3%-Punkte und verschlechterte sich der Finanzierungssaldo des Staates 1988 um 1,8 Mrd. DM und 1989 um 2,6 Mrd. DM (vgl. Übersicht 3). 1991 waren jedoch die Arbeitslosenquote um 0,2%-Punkte niedriger, die Beschäftigung um 1,2 Mio. höher (davon 1,1 Mio. Zuwanderer bei einem Erwerbspersonenpotential der Zuwanderer von 1,5 Mio.), das Bruttosozialprodukt um reichlich 5% höher als sie ohne Zuwanderung gewesen wären. Außerdem wurden dadurch 1991 die öffentlichen Haushalte um gut 13 Mrd. DM entlastet.

Dieses insgesamt positive Ergebnis dürfte auch damit zusammenhängen, daß die Zuwanderung sich von 1988 bis 1991 mehrheitlich aus Übersiedlern und Aussiedlern zusammensetzte mit überdurchschnittlich hohen Anteilen jüngerer und qualifizierter Arbeitnehmer. Diese fanden angesichts des trotz der hohen Arbeitslosigkeit bestehenden Fachkräftemangels zumeist relativ schnell einen Arbeitsplatz, zumal sie häufig Abstriche bei Löhnen, Arbeitsbedingungen und Wohnen in Kauf nahmen, und minderten die wachstumshemmenden Fachkräfteengpässe in der Wirtschaft.<sup>8</sup>

### 3.5 Zuwanderung 1945 – 1992 Ballast oder Stütze?

Läßt man die vier Phasenkonstellationen Revue passieren, so zeigt sich: Bis 1992 fallen günstige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklungen mit Phasen deutlich wachsender Bevölkerung zusammen, wobei die Bevölkerungszuwächse anfangs zu einem großen Teil, zuletzt ausschließlich aus Zuwanderungsüberschüssen stammen. Der positive Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Bevöl-

**Übersicht 3: Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Zuwanderung**  
1988 bis 1991

	1988	1989	1990	1991
Annahmen				
Erwerbspersonenpotential der Zuwanderer, in 1000	129	528	1078	1547
Erwerbstätige Zuwanderer, in 1000	21	183	618	1133
Transfereinkommen an Zuwanderer, in Mrd. DM	3,0	9,7	14,9	17,1
Stundenproduktivität, in vH <sup>1</sup>	0,1	0,3	0,4	0,5
Wirkungen <sup>2</sup>				
Entstehung				
Erwerbstätige, in 1000	22	186	645	1218
Arbeitslosenquote, in vH-Punkten	0,1	0,3	0,3	-0,2
Verwendung, real				
Privater Verbrauch	0,4	1,6	3,6	5,6
Staatsverbrauch	0,0	0,1	0,7	2,1
Bruttoanlageinvestitionen				
Ausrüstungen	0,3	1,1	2,6	4,3
Bauten	0,5	1,9	4,4	6,6
Lagerveränderung, in Mrd. DM	0,1	0,4	1,0	2,0
Außenbeitrag, in Mrd. DM	0,8	3,6	8,4	10,6
Exporte				
Exporte	-1,7	-4,5	-3,2	-1,8
Importe	0,0	0,1	0,6	0,9
Bruttosozialprodukt	0,3	0,8	1,1	1,1
Preise, 1985 = 100	0,2	1,1	2,9	4,9
Privater Verbrauch				
Privater Verbrauch	0,0	-0,1	-0,2	-0,4
Bruttosozialprodukt	0,0	-0,1	-0,3	-0,4
Verteilung				
Bruttoeinkommen aus				
unselbständiger Arbeit	0,1	0,8	2,4	4,2
Unternehmertätigkeit/Vermögen	0,6	2,3	5,1	8,4
Volkseinkommen	0,3	1,2	3,2	5,4
Nettoeinkommen aus				
unselbständiger Arbeit	0,1	0,6	1,9	3,3
Unternehmertätigkeit/Vermögen	0,7	2,7	5,7	9,3
Staat, in Mrd. DM				
Einnahmen	1,4	8,8	26,1	50,8
Ausgaben	3,2	11,4	22,1	37,4
Finanzierungssaldo	-1,8	-2,6	4,0	13,4

Eigene Berechnungen. – <sup>1</sup>Abweichungen von der beobachteten Entwicklung. – <sup>2</sup>Abweichungen von der Lösung „keine Zuwanderung“ in vH.

Entnommen aus: Barabas u. a. (1992, S. 151)

kerungsexpansion scheint offensichtlich sogar besonders ausgeprägt zu sein, wenn der Bevölkerungsanstieg aus Zuwanderungen resultiert.

Aus diesem positiven Befund dürfen jedoch nicht voreilig verallgemeinernde monokausale Schlüsse gezogen werden. Zwar spricht offensichtlich einiges dafür, daß erstens eine wachsende Bevölkerung zumindest einem Klima der Expansion förderlich ist, da sie im allgemeinen die Nachfrage stimuliert, und daß zweitens dadurch die zuwandernden Erwerbspersonen – gesamtwirtschaftlich betrachtet – sich per Saldo letztlich die für sie nötigen zusätzlichen Arbeitsplätze mittelfristig „selber schaffen“. Das schließt eine gewisse anfängliche Anpassungsarbeitslosigkeit nicht aus, zumal bei größeren Wanderungsschüben und/oder in einer Rezessionsphase der Wirtschaft. Dieses Untersuchungsergebnis entspräche im übrigen dem sogenannten Say'sehen Theorem, daß sich jedes Angebot auch seine Nachfrage schaffe. Allerdings gilt dieses Theorem streng

<sup>6</sup> So sank die Anzahl der in Westdeutschland erwerbstätigen Deutschen 1993 um über 0,5 Mio., während die der Ausländer sich im Jahresdurchschnitt um 0,03 Mio. erhöhte. Die Ursachen hierfür sind noch nicht geklärt (vgl. Autorengemeinschaft 1993).

<sup>7</sup> Die Effekte der Zuwanderung wurden dabei als Differenz zwischen einer Basissimulation, die die tatsächliche Entwicklung beschreibt, und einer Simulation ohne Berücksichtigung der erfolgten Zuwanderung errechnet.

<sup>8</sup> Immerhin hatten 1989 trotz der hohen Arbeitslosigkeit von 2,0 Mio. laut Ifo-Konjunkturtest 11% der Industriefirmen sogar generell über Produktionsbehinderungen durch allgemeinen Arbeitskräftemangel geklagt, eine Zahl, die sich bis 1991 wieder auf 3% verringert und 1987 bei nur 2% gelegen hatte.

genommen nur, wenn zu Beginn eine Normalbeschäftigungssituation herrscht.

Die bisherige Entwicklung widerlegt aber auch nicht eindeutig das Ergebnis der für den Zeitraum von 1974 bis 1986 durchgeführten Simulationen von Franz und Smolny (1990), daß in einer Phase hoher Arbeitslosigkeit und unausgelasteter Sachkapazitäten die Gefahr besteht, daß Zuwanderungen die Arbeitslosigkeit auch längerfristig erhöhen. Immerhin ist auch in der jetzigen Rezession der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen und an der Stillen Reserve weitaus am stärksten gestiegen, was allerdings nicht nur mit den fachlichen und sprachlichen Defiziten der Ausländer, sondern auch mit dem Vorrangprinzip für Deutsche bei den Arbeitsvermittlungen zusammenhängt. Franz (1993) kommt in einer neueren Analyse der Auswirkungen einer Immigration auf die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Variablen sogar zu der Aussage, es erscheine „nahezu aussichtslos, generelle Aussagen über die Wohlfahrtseffekte der Migration zu machen“ (S. 17).

Zu bedenken ist jedoch folgendes: Die erwähnten negativen Simulationsergebnisse von Franz/Smolny für die Auswirkungen einer fiktiven höheren Zuwanderung betrafen eine Phase ohne nennenswerte Nettozuwanderungen und mit schrumpfender Bevölkerung in der Basissimulation der Effektiventwicklung, der eine Phase mit einem Zustrom weitgehend unqualifizierter Ausländer bei sinkendem deutschen Arbeitskräftepotential vorausgegangen war. In den Phasen 1950-60 und 1988-91 ist es dagegen sogar trotz hoher Zuwanderungen und trotz hoher Ausgangsarbeitslosigkeit zu einem deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit gekommen. Bei diesen Zuwanderungen waren jedoch die Anteile deutschsprachiger, jüngerer und qualifizierter Erwerbspersonen besonders hoch. Und selbst bei hoher allgemeiner Arbeitslosigkeit haben qualifizierte Erwerbspersonen ein weit unterdurchschnittliches Arbeitslosigkeitsrisiko.

Selbstverständlich hängen die Wirtschaftskonstellationen der einzelnen Phasen auch noch von vielen anderen Einflüssen ab. Dennoch dürften die Ergebnisse der Vergangenheitsanalyse für die These sprechen, daß die tatsächlich erfolgten Nettozuwanderungen in die Bundesrepublik bis etwa 1992 insgesamt gesehen eher Stütze als Ballast für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung und das Sozialsystem gewesen sind. Ferner scheint die Vergangenheitsentwicklung die bereits eingangs aufgestellte These zu bestätigen, daß die positiven Einflüsse eines Bevölkerungszuwachses durch Zuwanderung nicht unerheblich auch von der Struktur der Zuwanderer abhängen, insbesondere von dem Anteil qualifizierter und engagierter Erwerbspersonen.

Für Zukunftsaussagen ist Barabas u. a. (1992, S. 152) zuzustimmen, wenn sie betonen, daß ihre insgesamt positiven Simulationsergebnisse „keineswegs unbeschränkt fortgeschrieben werden“ können. Sie seien von der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Lage abhängig. Kontraproduktiv könnte schließlich eine Zuwanderung in Ballungsgebiete wirken, indem sie dortige Wohnungseingpässe und damit Mobilitätshemmnisse verschärfe sowie die Mietpreise in die Höhe treibe. „Ob die Zuwanderung in Zukunft die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik eher fördern oder behindern wird, muß hier letztlich offen bleiben. Tendenziell dürften die positiven Wirkungen um so mehr überwiegen, je höher der Anteil qualifizierter Fachkräfte an der Zuwanderung ist und je besser es gelingt, aus der jeweiligen Folgegeneration gut ausgebildete Nachwuchskräfte heranzubilden“ (S. 153).

Dagegen bietet die Vergangenheitsentwicklung noch kaum Hinweise darauf, inwieweit Zuwanderungen die durch die niedrigen Geburtenziffern drohenden strukturellen Probleme lösen können, wie sie in Zukunft insbesondere durch Schrumpfungstendenzen und Alterungstendenzen der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotentials entstehen könnten.

## 4 Vorausschau

### 4.1 Bevölkerungsperspektiven

Umfang sowie Alters- und Geschlechtsstruktur der zukünftigen Bevölkerung werden durch Fertilität, Mortalität und Wanderungen bestimmt. Hierfür lassen sich folgende Trends feststellen:

Die Geburtenziffern liegen in Deutschland seit gut 20 Jahren bei ungefähr zwei Dritteln des zur Bestandserhaltung nötigen Niveaus, in Großstädten sogar noch darunter. Bei dem Geburtenrückgang handelt es sich um einen säkularen Mega-Trend, der in allen Industrieländern zu beobachten ist. In Deutschland setzte er schon in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts ein. Bereits in den zwischen 1920 und Mitte der 60er Jahre geschlossenen Ehen werden im Durchschnitt nur noch 2 Kinder geboren, eine kaum noch zur Bestandserhaltung ausreichende Kinderzahl (vgl. z.B. Höhn 1992, S. 273).

Die Gründe für diese Grundtendenz sind komplex (vgl. Bolte 1980). Eine nicht geringe Rolle dürften dabei die in den Industrieländern im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung mehr oder weniger umfangreich errichteten kollektiven Alterssicherungssysteme spielen, so daß der Einzelne für sein Alter nicht mehr selbst durch möglichst viele eigene Kinder Vorsorgen muß. Der Geburtenrückgang der letzten Zeit dürfte außerdem etwas mit dem ausgeprägten Wertewandel vom „Selbstzwang“ zur „Selbstentfaltung“ (Klages 1988) zu tun haben, der einen umfassenden Individualisierungsprozeß einleitete und die Abkehr von traditionellen Bindungen verstärkte. Von den Demographen wird der Geburtenrückgang unter das Bestandserhaltungsniveau auch als zweiter demographischer Übergang bezeichnet (vgl. z. B. Lesthaeghe 1992). Er geht einher mit einem seit etwa 1970 steigenden Trend der Erwerbsquoten verheirateter Frauen (vgl. Klauer 1992, Engelbrech/Beckmann 1994).

Wenn man die heute vorherrschenden Gründe für den Kinderwunsch analysiert, so ergibt sich, daß sich diese zumeist auch schon mit 1-2 Kindern befriedigen lassen. Zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes müßten aber im Schnitt 2,3 Kinder je Frau geboren werden. Das heißt realiter, es „... müßten fast dreimal so viele Frauen wie jetzt, d.h. über 40%, drei oder mehr Kinder haben. Das trifft heute auch für solche Gesellschaften nicht mehr zu, die in ganz großem Umfang die Kinderbetreuung professionalisiert haben“ (Schwarz 1992, S. 11). Anzeichen für allgemeine grundlegende Einstellungsänderungen gibt es bislang nicht. Möglich erscheint höchstens eine Abschwächung des Geburtenrückganges, wenn Hemmnisse abgebaut werden, die derzeit verhindern, daß vorhandene Wünsche nach Kindern auch realisiert werden (vgl. Bolte 1980). Für die absehbare Zukunft muß daher von Geburtenraten unter dem Bestandserhaltungsniveau ausgegangen werden.

Dem Geburtenrückgang steht bisher in allen Industrieländern ein sich – abgesehen von Kriegs- und Katastrophenauswirkungen – ziemlich gleichmäßig vollziehender langsa-

**Übersicht 4: Projektionen der Bevölkerung Deutschlands bis 2030**

Veränderungen in Mio.

Projektionen und Annahmen		1990/2010	2010/2030	1990/2030	
<b>IAB (1991)</b>					
Var. 1	F = konstant L = konstant WS = ± 0	NRR West: 0,66 Ost: 0,75 Ausl.: 0,91 West: 72,5/79,2 Ost: 69,8/76,0 Ausl.: 76,6/82,4	- 5,8	- 10,4	- 16,2
Var. 2	F = West konst. Ost sinkt Ausl. konst. L = steigt WS = ± 0	wie Var. 1 bis 2000 auf Westniveau wie Var. 1 West: bis 2000 auf 74,2/81,3 Ost: bis 2030 auf Westniveau Ausl.: wie Var. 1	- 4,8	- 10,0	- 14,9
Var. 3	F = } wie Var. 2 L = } WS = 1991–2010: + 4,6 Mio. 2011–2030: ± 0 insges. + 4,6 Mio.	Alter/Geschlecht wie 1988	+ 1,1	- 9,5	- 8,4
<b>StBA (1992) Siebente koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung</b>					
	F = West konst. Ost sinkt L = steigt WS = 1991–2010: + 2,9 Mio. 2011–2030: + 1,1 Mio. insges. + 4,0 Mio.	NRR 0,67 bis 1995 auf Westniveau West: von 72,6/79,0 bis 2000 + 2 Jahre Ost: von 70,1/76,4 bis 2030 auf Westniveau Alter/Geschlecht Ausl. wie 87–89 Auss. wie 87–88	- 0,9	- 9,0	- 9,9
<b>DIW (1993)</b>					
Var. 1	F = West konst. Ost sinkt Ausl. sinkt L = steigt WS = 1991–2010: + 6,0 Mio. 2011–2030: + 1,1 Mio. insges. + 7,1 Mio.	1,3 Kinder je Frau ab Jg. 1985 wie West auf 1,6 Kinder je Frau West: + 3 Jahre bis 2010 Ost: steigt bis 2010 fast auf Westniveau Alter/Geschlecht Ausl. wie 89–91 Auss. wie 90–92	+ 3,9	- 5,7	- 1,8
Var. 2	F = } wie Var. 1 L = } WS = 1991–2010: + 7,9 Mio. 2011–2030: + 2,2 Mio. insges. + 10,1 Mio.	Alter/Geschlecht wie Var. 1	+ 6,1	- 4,4	+ 1,7
<b>Dinkel/Lebok (1993)</b>					
Var. 0	F = konstant L = konstant WS = ± 0	NRR 0,67 72,6/79,0 Jahre	- 5,2	- 11,5	- 16,7
Var. 1	F = } wie Var. 0 L = } WS = 1991–2030: + 20 Mio.	Alter 15–19 J.; Frauen 50%	+ 8,0	+ 6,1	+ 14,1
Var. 2	F = } wie Var. 0 L = } WS = 1991–2030: + 20 Mio.	Alter 40–44 J.; Frauen 50%	+ 4,4	- 4,7	- 0,3
Var. 3	F = } wie Var. 0 L = } WS = 1991–2030: + 20 Mio.	Alter wie 1989; Frauen 50%	+ 6,2	+ 1,0	+ 7,2

Anmerkung: DIW = Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

IAB = Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit

StBA = Statistisches Bundesamt

F = Fruchtbarkeit, NRR = Nettofortpflanzungsrate (bei 1,0 gleichen die Geburten die Sterbefälle aus),

L = Lebenserwartung in Jahren für Männer/Frauen, WS = Wanderungssaldo an Deutschen und Ausländern

Quelle: Reiner H. Dinkel/Uwe Lebok 1993; DIW: Erika Schulz 1993; IAB: Johann Fuchs/Emil Magvas/Manfred Thon 1991; Manfred Thon 1991a + b; StBA: Bettina Sommer 1992

mer Anstieg der Lebenserwartung gegenüber. Längerfristig erscheint es jedoch nicht ausgeschlossen, daß dieser bislang steigende Trend – z. B. durch die Umweltverschmutzung – zum Stillstand kommt oder sich sogar umkehrt.

Nicht umkehrbar dürfte dagegen der bereits eingangs erwähnte Zuwanderungsdruck sein. Innerhalb der EG ist zwar wegen des generellen Geburtenrückganges kaum mit einem Anwachsen des Wanderungspotentials zu rechnen. Jedoch werden sich vermutlich weder die Bundesrepublik noch die EG in einer Umwelt ärmerer und teilweise in ihrer Existenz gefährdeter und noch wachsender Bevölkerungen auf Dauer zu einer Insel mit schrumpfender Einwohnerzahl und zugleich steigendem Lebensstandard abschotten können.

Über die möglichen längerfristigen Auswirkungen dieser Mega-Trends liegen eine Reihe von Modellrechnungen vor. Eine Auswahl enthält Übersicht 4. Die *globalen Ergebnisse* lassen sich grob wie folgt zusammenfassen, wenn man von den unterschiedlichen Berechnungseinheiten einmal absieht:

- Bei ab 1990 unveränderter Fruchtbarkeit und Lebenserwartung sowie Wanderungssaldo von Null würde die Bevölkerungszahl Deutschlands drastisch schrumpfen, zwischen 1990 und 2030 um reichlich 16 Mio. (nach IAB-Var. 1 und Dinkel/Lebok-Var.O). Dabei führen die niedrigen Geburtenziffern in der Periode nach 2010 zu einem fast doppelt so starken Rückgang wie bis 2010.

- Ein Anstieg der Lebenserwartung (in Westdeutschland um rd. 2 Jahre bis 2000 und eine allmähliche Anpassung Ostdeutschlands an das Westniveau) könnte trotz Absinkens der ostdeutschen

Geburtenraten auf Westniveau den Schrumpfungseffekt um gut 1 Mio. abschwächen (IAB-Var. 2).

- Nettozuwanderungen zwischen 4 und 5 Mio. bis 2030 (bei Schwerpunkt bis 2010) würden im Verein mit der längeren Lebenserwartung den unter Status-quo-Bedingungen zu erwartenden Schrumpfungseffekt ungefähr halbieren (IAB-Var.3 und StBA).

- Etwa 8-9 Mio. Zuwanderer wären netto bis 2030 (bei Schwerpunkt bis 2010 und unter der Annahme einer weiter steigenden Lebenserwartung) nötig, um den Geburtenrückgang weitgehend auszugleichen (DIW-Var. 1 und 2).

- Kämen jährlich per Saldo rd. 0,5 Mio. Zuwanderer, davon die Hälfte Frauen, bis 2030 also insgesamt rd. 20 Mio., gäbe es bei konstanter Fruchtbarkeit und Lebenserwartung 2010 gut 6 Mio. Einwohner mehr als 1990 und selbst zwischen 2010 und 2030 noch einen geringfügigen Bevölkerungszuwachs von 1 Mio. (Dinkel/Lebok-Var.3).

- Die Bevölkerungseffekte der Zuwanderung schwanken nicht nur mit ihrem Umfang, sondern auch mit der altersmäßigen Zusammensetzung. Bei den bisher zitierten Zuwanderungen wurden die in den verschiedenen Basisjahren realisierten Altersstrukturen zugrundegelegt. Bestünde aber z.B. die zuletzt erwähnte Zuwanderung nur aus 15- bis 19jährigen, erhöhte sich die Bevölkerungszahl bis 2030 um rd. 14 Mio., während lauter 40- bis 44jährige den Geburtenrückgang bereits nach 2010 nicht mehr kompensieren könnten (Dinkel/Lebok-Var. 1 und 2).

Übersicht 5 gibt einen Überblick über die Auswirkungen der unterschiedlichen Annahmen auf die zukünftige *Altersstruktur*:

- Nettozuwanderungen zwischen 1990 und 2030 bis etwa 10 Mio. und in Alters- und Geschlechtsgliederungen sowie mit einem

**Übersicht 5: Altersstruktur der Bevölkerung nach verschiedenen Bevölkerungsprojektionen 1990, 2010, 2030**

Anteile in %

Projektion	Wanderungssaldo	Jahr	Altersgruppen		
			unter 20	20-59	60 u. älter
Effektiv		1990	21,7	57,9	20,3
<i>IAB</i>					
Var. 1	± 0	2010	19,3	54,9	25,8
		2030	17,6	48,1	34,3
Var. 3	91-10: + 4,6 Mio. 11-30: ± 0 Mio.	2010	19,7	55,4	24,8
		2030	17,8	48,4	33,8
<i>StBA</i>					
7. koord. Bev.	91-10: + 2,9 Mio. 11-30: + 1,1 Mio.	2010	18,9	55,3	25,8
		2030	17,2	48,0	34,9
<i>DIW</i>					
Var. 1	91-10: + 6,0 Mio. 11-30: + 1,1 Mio.	2010	19,6	54,9	25,5
		2030	18,2	48,1	33,7
Var. 2	91-10: + 7,9 Mio. 11-30: + 2,2 Mio.	2010	19,7	55,1	25,2
		2030	18,4	48,4	33,2
<i>Dinkel/Lebok</i>					
Var. 0	± 0	2010	18,6	55,1	26,3
		2030	16,9	47,6	35,5
Var. 1	91-30: + 20 Mio. 15-19j.	2010	21,2	56,7	21,1
		2030	21,1	55,2	23,7
Var. 2	91-30: + 20 Mio. 40-44j.	2010	16,4	58,9	24,7
		2030	13,4	48,5	38,1
Var. 3	91-30: + 20 Mio., Alter wie 1989	2010	20,1	56,5	23,4
		2030	19,0	51,8	29,2

Datenquelle: wie Übersicht 1, IAB-VII/1-Datenbank, zusätzliche Angaben des DIW und von Dinkel/Lebok

Rotationssockel wie in den letzten Jahren realisiert, führen nur zu einer bestenfalls geringfügigen Dämpfung des Alterungsprozesses, der bei einem Wanderungssaldo von Null (bei Nullwanderung oder bei einer auf jeder Altersstufe gleich großen Zahl von Ab- und Zuwanderungen) zu erwarten wäre.

- Die von Dinkel/Lebok bis 2030 unterstellte Zuwanderung von 10 Mio. Männern und 10 Mio. Frauen in der Altersstruktur der Zuwanderung nach Westdeutschland des Jahres 1989, die durch den Zustrom junger Familien aus der damaligen DDR geprägt war, vermag die Alterung um etwa ein Drittel abzuschwächen (Dinkel/Lebok Var. 3).

- Erst wenn jedes Jahr ausschließlich 0,5 Mio. Jugendliche zuwandern würden (Dinkel/Lebok Var. 1), wird der Alterungsprozeß drastisch verringert, aber auch dann nicht völlig gestoppt.

*Fazit:* Zuwanderung kann bei genügend großem Umfang zwar die aufgrund des Geburtenrückganges zu erwartende Schrumpfung der Bevölkerungszahl kompensieren, den Alterungsprozeß aber höchstens abschwächen, es sei denn, es wanderten außerdem jeweils fast nur junge Menschen zu. Letzteres dürfte jedoch kaum realistisch sein. Außerdem kommen auch die jungen Zuwanderer nach einigen Jahrzehnten ins Rentenalter. Sie können also nur eine zeitliche Verzögerung des Alterungsprozesses bewirken, sofern nicht die Geburtenziffern wieder auf das Reproduktionsniveau steigen. Zur Lösung der aus der Alterung herrührenden Probleme kann demzufolge eine Zuwanderung nur begrenzt etwas beitragen.

Diese Aussagen werden auch durch andere, hier nicht dargestellte Modellrechnungen gestützt, wie die der Bundesforschungsanstalt für Raumordnung (Bucher/Kocks 1991) oder der UN (Stolnitz 1992). Die Leiterin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung kommt daher zu dem Schluß: „Die Hoffnung einiger Politiker, die alternde Bevölkerung durch Einwanderung „reparieren“ zu können, erweist sich als Illusion“ (Höhn 1992, S. 274).

#### 4.2 Perspektiven des Arbeitskräfteangebots

Auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes stoßen in allen Industrieländern die beiden demographischen Mega-Trends des Geburtenrückganges und der Zuwanderungen auf zwei weitere Mega-Trends, nämlich auf den angebotserhöhenden Anstieg der Erwerbsquoten der Frauen, insbesondere der verheirateten Frauen, sowie auf den Wunsch von immer mehr Frauen und Männern nach mehr individueller Arbeitszeitgestaltung im Sinne von sowohl mehr Mitverantwortung als auch mehr Zeitsouveränität, insbesondere mehr individuellen Teilzeitmöglichkeiten, ein per Saldo das angebotene Arbeitsvolumen eher reduzierender Effekt. Beide Mega-Trends stehen im Zusammenhang mit dem gestiegenen Bildungsgrad und dem davon nicht unabhängigen, bereits erwähnten Wertewandel in unserer Gesellschaft vom „Selbstzwang“ zur „Selbstentfaltung“.

Wie sich diese Trends auf das Arbeitskräfteangebot auswirken können, sei exemplarisch anhand der Modellrechnungen des IAB für das Erwerbspersonenpotential demonstriert (vgl. auch Fuchs/Magvas/Thon 1991, Thon 1991a, Thon 1991b). Übersicht 6 gibt einen Überblick über die *globalen Ergebnisse*:

- Aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung würde das gesamtdeutsche Erwerbspersonenpotential bis 2030 um über 12

Mio. sinken, dabei nach 2010 doppelt so stark wie vor 2010 (unterste Kurve).

- Die Wiederanhebung der Altersgrenze auf 65 Jahre und der in Westdeutschland noch steigende Trend der Frauenerwerbsneigung können den demographisch bedingten Potentialrückgang bis 2010 nur um ca 1,3 Mio. abschwächen (gestrichelte Kurve). Der Anstieg der westdeutschen Quoten wird dabei durch die teilweise Anpassung der ostdeutschen hohen Frauenerwerbsbeteiligung an die niedrigeren westdeutschen Verhältnisse vor allem in den 90er Jahren mehr oder weniger kompensiert. Allerdings werden auch für das Jahr 2010 noch um bis zu 10%-Punkte höhere ostdeutsche Frauenerwerbsquoten wegen der durch die DDR-Vergangenheit geprägten Lebenseinstellungen und -umstände angenommen.

- Erst bei bis 2010 steilerem westdeutschen Trend und bei einer Fortsetzung dieses Trendanstiegs der westdeutschen Frauenerwerbsquoten und einem Wiederanstieg der ostdeutschen Frauenerwerbsquoten jeweils bis auf das Männerniveau – wie in der früheren DDR – bis 2030 wäre ein größerer Kompensationseffekt möglich (2030 zusätzlich bis + 4,2 Mio.). Hierbei handelt es sich jedoch sicherlich um eine Obergrenze der Frauenerwerbsbeteiligung. Ihre Realisierung dürfte schon von der regionalen Verteilung der Bevölkerung und der Arbeitsplätze her auf große Schwierigkeiten stoßen und kaum ohne negative Rückwirkungen auf die Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft möglich sein, zumindest gravierende gesellschaftliche Veränderungen wie z.B. eine erhebliche Ausbreitung flexibler, individueller Teilzeitmodelle erfordern. Letzteres mindert wiederum den Kompensationseffekt bei einer Umrechnung auf Vollzeitkräfte.<sup>9</sup>

- Käme es nach 2010 zu einer weiteren Anhebung der effektiven Altersgrenze von 65 auf 70 Jahre, ergäbe sich 2030 ein zusätzlicher Potentialeffekt um + 1,6 Mio. Erwerbspersonen (unter der Annahme, daß die Erwerbsquoten der 65- bis 69jährigen zwei Drittel der 60- bis 64jährigen des Jahres 2010 betragen).

- Insgesamt könnte demzufolge bis 2030 durch eine maximale Frauenerwerbstätigkeit und eine Ausweitung der Lebensarbeitszeit bis zum 70. Lebensjahr der Kopfzahl nach etwa die Hälfte des durch die niedrigen Geburtenziffern drohenden Potentialrückganges ausgeglichen werden. Es verbliebe dann eine Potentialschrumpfung um rd 6 Mio. Erwerbspersonen, die bis 2030 gegebenenfalls durch Zuwanderungen kompensiert werden müßte. Abgesehen vom Arbeitskräftebedarf hängt der Umfang der dazu erforderlichen Zuwanderung an Bevölkerung für einen so langen Zeitraum allerdings zu sehr sowohl von der zwischenzeitlichen Entwicklung der Frauen- und Alterserwerbstätigkeit als auch von den Erwerbsquoten, der Geschlechts- und Altersstruktur und der zeitlichen Verteilung der Zuwanderer ab, als daß hierzu genauere Aussagen möglich wären.

- Die IAB-Modellrechnungen berücksichtigen für die Jahre 1991 bis 2010 zusätzlich zu dem steigenden Trend der Frauenerwerbsneigung und zu der Wiederanhebung der Altersgrenze (gestrichelte Kurve) einen Wanderungssaldo bei der Bevölkerung von 4,6 bzw. – in einer aktualisierten Variante – 6,0 Mio. Personen in den Alters- und Geschlechtsstrukturen von 1988, von denen 3 bzw. 4,4 Mio. bereits bis 2000 und jeweils 1,6 Mio. 2001 bis 2010 kämen. Unter diesen Annahmen gäbe es selbst 2010 kaum weniger, sondern eher mehr Erwerbspersonen als heute (oberste zwei Kurven). Da der Wanderungssaldo in den drei Jahren 1991 bis 1993 bereits rund 2 Mio. betragen dürfte, brauchen dazu von 1994 bis 2000 bei „normaler“ Alters- und Geschlechtsstruktur sogar nur noch jährlich ca. 140000 bzw. 340000 und von 2001 bis 2010 jeweils 160000 Personen netto zuzuwandern, um das Angebot an Arbeitskräften weitgehend konstant zu halten. Das sind insgesamt im Zeitraum 1994 bis 2010 rd. 2,4-4 Mio. bzw. durchschnittlich jährlich 150000 – 240000 Personen und somit Wanderungssalden, die zu einem großen Teil schon allein durch den zu erwartenden Aussiedlerzustrom erreicht werden dürften.

- Nach 2010 würde jedoch bei diesen IAB-Modellvarianten ohne weitere Zuwanderungen und/oder zusätzliche Änderungen bei der Erwerbsbeteiligung der Geburtenrückgang die Erwerbspersonenzahl um gut 8,5 Mio. bzw. etwa ein Fünftel absinken lassen. Bei einem weiteren Anstieg der Altersgrenze auf 70 Jahre und der

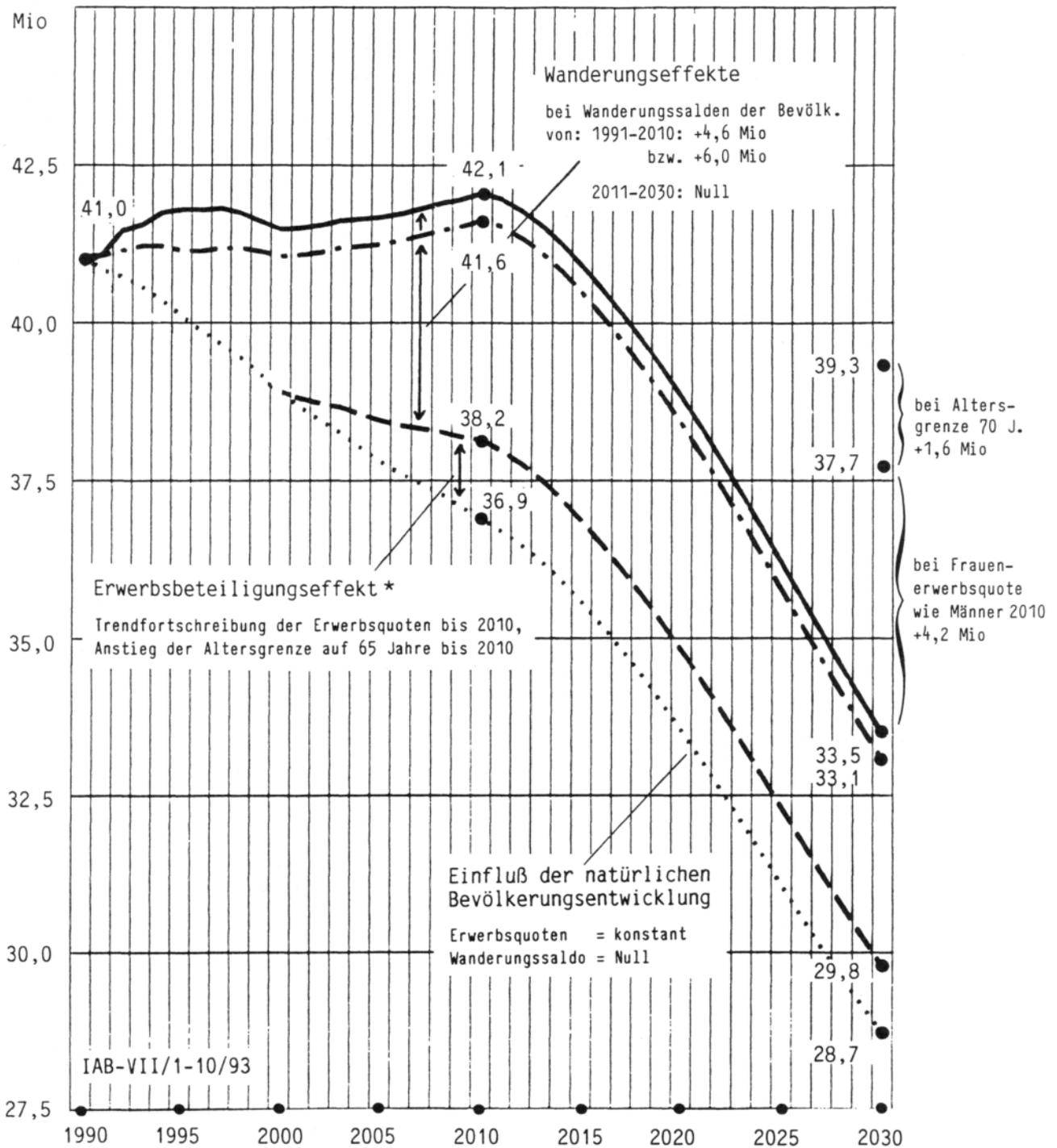
<sup>9</sup> Für die Betrachtung des Saldos der Arbeitsmarktbilanz und damit der Arbeitslosigkeit bleibt es sich jedoch gleich, ob die beiden Seiten des Arbeitsmarktes, das Angebot und der Bedarf an Arbeitskräften jeweils in Personen oder in Stunden ausgedrückt werden.

Frauenerwerbsquoten auf Männerniveau bis 2030 wäre dagegen nach 2010 nur noch ein Potentialrückgang von knapp 3 Mio. bzw. rd. 7% zu kompensieren, um das Potential auf dem IAB-Projektionsniveau von 2010 zu halten. Dementsprechend würde sich auch der für die Zeit nach 2010 gegebenenfalls erforderliche zusätzliche Einwanderungsbedarf auf ein Drittel verringern. Je nach Annahmen müßten sich mithin nach 2010 Nettozuwanderungen an Bevölkerung zwischen - überschlägig berechnet - etwa 4

und 13 Mio. ergeben, wenn das Potential an Erwerbspersonen nicht absinken soll.

Beim Umfang des Arbeitsangebotes kommt es jedoch nicht nur auf die Anzahl an Erwerbspersonen an, sondern auch auf das angebotene Arbeitsvolumen in Stunden. Durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Urlaubsverlängerung

Übersicht 6: Gesamtdeutsches Erwerbspersonenpotential 1990-2030  
in Mio.



\* In den 90er Jahren kann der Rückgang der ostdeutschen Frauenerwerbsquoten den Anstieg der westdeutschen Quoten mehr oder weniger kompensieren. Da für die 90er Jahre besonders unsicher ist, wie schnell eine gewisse Anpassung an Westdeutschland erfolgt, wurde auf einen Ausweis des gesamtdeutschen Erwerbsbeteiligungseffektes in den 90er Jahren verzichtet.

Quelle: IAB-Projektion 1991 (Thon, M., Perspektiven des Erwerbspersonenpotentials in Gesamtdeutschland bis zum Jahre 2030, in: MittAB 4/91) und IAB-VII/1-Berechnungen von 1993

und Zunahme der Teilzeitarbeit hat sich in Westdeutschland die durchschnittliche effektive Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen seit 1960 um 25%, seit 1973 um 15% und seit 1980 um 9% verringert und somit den seit 1973 zu beobachtenden Anstieg der Anzahl der Erwerbspersonen um insgesamt 19% zu einem großen Teil kompensiert. Bei Fortsetzung des Arbeitszeittrends seit 1980 von - 0,7% p. a. wäre die Arbeitszeit 2010 immerhin um nochmals 11% und bis 2030 um 23% geringer als heute, während das Erwerbspersonenpotential nach den beiden oberen IAB-Potentialkurven (Wanderungssaldo ab 2010 = Null) im Jahre 2030 um rd. 20% niedriger wäre als 2010 oder heute.

Es fragt sich demzufolge, ob nicht in späterer Zukunft nicht nur von der „Lebensarbeitszeit“ bzw. Erwerbslebensdauer her, sondern auch seitens der Jahresarbeitszeit ein Beitrag zum Ausgleich des Potentialrückganges möglich wäre, auch wenn gegenwärtig angesichts der hohen Arbeitslosigkeit Verkürzungen im Vordergrund stehen. Zwar lassen sich die bisher unerfüllten Wünsche der Arbeitnehmer nach Teilzeitarbeit in den verschiedensten Formen (vgl. z.B. Brinkmann/Kohler 1989, S. 478) auf ca. 8% des Arbeitsvolumens veranschlagen, das entspräche einem Entzugseffekt von rd. 2 Mio. Personen – eine bisher übrigens nicht ausgeschöpfte Möglichkeit zum drastischen Abbau der heutigen Arbeitslosigkeit auf freiwilliger individueller Basis. Zumal bei weiterer Flexibilisierung und Individualisierung der Jahresarbeitszeit dürfte der Wunsch nach weiterer Verkürzung der Jahresarbeitszeit aber bei vielen sicherlich zunehmend an Bedeutung verlieren und bei manchen auch die Bereitschaft zu wieder längeren Arbeitszeiten wachsen, wenn die Arbeit interessant genug ist, um sie als einen sinnvollen Bestandteil des Lebens anzusehen. Flexibilisierungen und Individualisierungen der Arbeitszeiten könnten somit sowohl den kurzfristigen als auch den längerfristigen Erfordernissen Rechnung tragen.

*Fazit:* Zumindest bis ungefähr 2010 ist es ziemlich unwahrscheinlich, daß die niedrigen Geburtenziffern bereits zu dem in der Vergangenheit oft befürchteten Rückgang des Angebots an Arbeitskräften führen. Zur Kompensation der Schrumpfungskomponente reichen schon im Vergleich zu den letzten Jahren relativ geringfügige weitere Zuwanderungen aus, etwa im Umfange des noch vorhandenen Potentials an Aussiedlern. Nach 2010 müßten die Zuwanderungen wahrscheinlich höher ausfallen, um einen Potentialrückgang zu vermeiden. Je nach Ausweitung der Alterserwerbstätigkeit und Frauenerwerbstätigkeit sowie nach Verlauf und Struktur der Zuwanderung besteht allerdings ein erheblicher Spielraum für den Umfang einer kompensatorischen Nettozuwanderung, z.B. nach den vorstehenden Überschlagsrechnungen auf Basis der IAB-Projektionen schätzungsweise zwischen 200 000 und maximal 650 000 Personen pro Jahr. Zu bedenken ist ferner, daß sich diese Zahlen auf jeden Fall durch eine Wiederverlängerung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen weiter verringern ließen.

Kann Konstanz des Arbeitskräftepotentials oder des potentiellen Arbeitsvolumens aber überhaupt ein Maßstab für einen eventuellen Zuwanderungsbedarf sein? Die bisherige Betrachtung läßt noch die Bedarfsseite des Arbeitsmarktes und damit die Frage außer Betracht, wieviele und welche Arbeitskräfte in Zukunft überhaupt gebraucht werden, Fragen, deren Beantwortung vom zukünftigen Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und Produktivitätsfortschritt abhängt.

#### 4.3 Perspektiven des Arbeitskräftebedarfs

In der Bundesrepublik hat die Unterbeschäftigung 1993 einen Rekordumfang erreicht: 3,5 Mio. registrierte Arbeitslose, ca. 1,8 Mio. Stille Reserve, 2,2 Mio. Erwerbspersonen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Arbeitsbeschaffung, Kurzarbeit, Weiterbildung, Vorruhestand und Altersübergangsgeld aufgefangen. Zusammengekommen fehlt es an mehr als 7 Mio. „normalen“ Arbeitsplätzen. Aber auch eine nicht geringe Anzahl „normaler“ Arbeitsplätze wäre in Ost und West ohne staatliche Subventionen nicht wettbewerbsfähig.

Solange die Unterbeschäftigung nicht auf ein erträgliches Maß zurückgeführt ist und nicht konjunkturelle Auftriebskräfte vorherrschen, besteht vom Arbeitskräftebedarf her keine Notwendigkeit für Zuwanderungen, abgesehen von eventuellen speziellen Engpaßbereichen. Immerhin ist derzeit bereits fast jede dritte ausländische Erwerbsperson ohne Arbeitsplatz. Bei weiteren Zuwanderungen ist in einer solchen rezessiven Situation die Gefahr groß, daß die Zuwanderer zumindest vorerst letztlich das Heer der Arbeitslosen und Stillen Reserve vergrößern, sei es direkt, zumal bei der Arbeitsvermittlung Deutschen Vorrang vor Nicht-EG-Ausländern eingeräumt wird, oder sei es indirekt dadurch, daß Zuwanderer geringer Qualifizierte von ihren Arbeitsplätzen verdrängen bzw. die heimischen Möglichkeiten von den Arbeitgebern oder den Arbeitslosen und Erwerbstätigen nicht genügend wahrgenommen und ausgeschöpft werden.

Mit welcher Arbeitsmarktsituation ist nun in Zukunft zu rechnen? Geht uns etwa die Arbeit aus?

Die Industrieländer stehen in der Anfangsphase eines grundlegenden Strukturwandels der gesamten Wirtschafts- und Arbeitswelt, wie er vielleicht nur mit dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft zu vergleichen ist. Man denke an die neuen Technologien, die zunehmende Internationalisierung und die nötige Ökologisierung des Wirtschaftens sowie den Wertewandel, insbesondere auch an die mit den neuen Informationstechnologien ohne Effizienzseinbußen realisierbar gewordenen Möglichkeiten zur Automatisierung, zur Flexibilisierung und Dezentralisierung, zur Umkehr der bisherigen Trends zur Großtechnologie und innerbetrieblichen Arbeitsteilung, zur Gruppenarbeit und „lean-production“.

Der dazu erforderliche Strukturwandel ist jedoch in Westdeutschland offensichtlich während des letzten langanhaltenden Aufschwungs und insbesondere des Wiedervereinigungsbooms nicht genügend in Angriff genommen worden. Die in ihrem Umfang bisher durchaus nicht aus dem Rahmen fallende weltweite Rezession hat diese aufgelaufenen Strukturschwächen und Versäumnisse nunmehr lediglich in dramatischer Weise offengelegt. In Ostdeutschland handelt es sich dagegen um eine unvermeidliche strukturelle Anpassungskrise aufgrund des Übergangs von der früheren, abgeschotteten und abgewirtschafteten, unproduktiven Planwirtschaft mit veralteter und nicht marktgerechter, schwerindustriellastiger Wirtschaftsstruktur und Technik zu einer offenen, in den Westen integrierten Marktwirtschaft.

Herausforderungen und damit Aufgaben und Arbeit sind also auch bei uns genügend vorhanden. Wird es aber auch genügend bezahlte Arbeit geben? Dies hängt von den Reaktionen der Menschen und ihrer Politik ab. Viele Untersuchungen zeigen (z.B. Prognos AG 1989, Hofer 1990): Je mehr Beharrungstendenzen und Abwehrstrategien überwiegen, alte Arbeitsplätze subventioniert und vor

Konkurrenz geschützt werden, je mehr es auch um die Verteilung des „Sozialproduktkuchens“ zugunsten des Konsums statt um genügend Zukunftsinvestitionen geht, desto ungünstiger wird sich die längerfristige Beschäftigungslage entwickeln. Dagegen wird die Gesamtzahl der Arbeitsplätze um so höher ausfallen, je offensiver, anpassungsbereiter und schneller Wirtschaft und Gesellschaft auf die Herausforderungen der Zukunft reagieren und mit Flexibilität und Investitionen den nötigen Strukturwandel vorantreiben.<sup>10</sup> Die Geschichte des technischen Fortschritts und der florierenden Industriegesellschaften ist eine Geschichte der fortlaufenden Umwandlung oder Vernichtung hergebrachter Märkte und Arbeitsplätze sowie der Entstehung neuer Produktmärkte und Betätigungsfelder und damit neuer Arbeitsplätze.

Nach den Vorausschätzungen der Prognos AG (1993) ist allerdings bei den von ihr als am wahrscheinlichsten angesehenen Rahmenbedingungen und Verhaltensweisen in Ost- und Westdeutschland erst ab Mitte der 90er Jahre mit einem langsamen und sich nur allmählich beschleunigenden insgesamt nur mäßigen Wiederanstieg der Beschäftigung zu rechnen.<sup>11</sup> Im Jahre 2000 könnte nach Prognos die registrierte Arbeitslosigkeit sogar noch genauso hoch wie heute sein und selbst im Jahre 2010 noch 2,6 Mio. betragen, dabei in Westdeutschland noch 2,1 Mio. und in Ostdeutschland 0,5 Mio. Auch die Prognos AG betont, daß diese Projektion zwar einen von ihr derzeit für wahrscheinlich gehaltenen mittleren Pfad beschreibt, aber jederzeit Abweichungen nach oben wie nach unten möglich sind.

Für die Bewältigung der enormen Erfordernisse an Strukturwandel werden – neben Investitionen – Qualifikation und Flexibilität der Arbeitskräfte zu Schlüsselgrößen. Nach allen vorliegenden Projektionen dürften die Anteile des warenproduzierenden Gewerbes und innerhalb der Branchen die Anteile der unmittelbaren Produktionstätigkeiten

und der Hilfstätigkeiten sowie der Bedarf an unqualifizierten Arbeitskräften drastisch sinken, nach den IAB/Prognos-Projektionen von 1989 für Westdeutschland z.B. der Anteil der einfachen Tätigkeiten von 27% 1985 auf 17% im Jahre 2010 (Prognos AG 1989). Im Anteil wachsen werden in allen Berufen und Branchen nur noch die qualifizierten Dienstleistungstätigkeiten wie Organisation und Management, Forschen und Entwickeln, Beraten, Betreuen, Lehren, Publizieren. Bilanziert man die vorliegenden strukturellen Entwicklungstendenzen auf der Bedarfs- und Angebotsseite des Arbeitsmarktes, so zeichnet sich die Gefahr sowohl eines zunehmenden Fachkräftemangels als auch erheblicher Qualifikationsdefizite ab.

Bei den ausländischen Zuwanderern aus Nicht-EG-Ländern handelt es sich bisher jedoch in der Mehrheit um unausgebildete und insbesondere der deutschen Sprache kaum mächtige Personen. 1991 waren daher von allen ausländischen Arbeitnehmern 54% nur als Angelernte tätig im Vergleich zu 25% der Deutschen, fast 60% im warenproduzierenden Gewerbe (Deutsche zu 39%). 30% waren dabei mit den im Anteil bis 2010 fast um die Hälfte schrumpfenden unmittelbaren Produktionstätigkeiten des Gewinns/Herstellens befaßt (Deutsche zu 17%). Bei dieser Verteilung auf Branchen und Tätigkeiten dürfte die Ausländerbeschäftigung von den skizzierten Wachstumsperspektiven besonders negativ betroffen sein, abgesehen vermutlich von einem Sockel an relativ unattraktiven und/oder relativ gering entlohnten Tätigkeiten.<sup>12</sup> Ohne erhebliche Integrations- und Qualifizierungsanstrengungen dürfte daher für viele Zuwanderer die Gefahr immer größer werden, über kurz oder lang arbeitslos zu werden. Dadurch könnte sich außerdem ein unkontrollierbares soziales Konfliktpotential immer größeren Ausmaßes ansammeln.

Vom Arbeitskräftebedarf her wäre in der Regel nur die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte sinnvoll. Allerdings wäre es kurzfristig, außer acht zu lassen, daß es für die Herkunftsländer nachteilig sein könnte, wenn diese ausgerechnet die für ihren wirtschaftlichen Aufbau dringend erforderlichen dynamischen Fachkräfte an die Bundesrepublik verlieren würden, es sei denn, es wäre dort ein erhebliches Überangebot an Fachkräften und die Zuwanderung wäre nur vorübergehend, um in Deutschland Erfahrungen zu sammeln. Zur Deckung des drohenden Fachkräftemangels bleibt ansonsten nur die Qualifizierung einheimischer und zuwandernder Arbeitskräfte oder die zusätzliche Steigerung der Arbeitsproduktivität auch auf diesen Qualifikationsebenen durch vermehrten technisch-organisatorischen Fortschritt.

Die Produktivitätssteigerung wäre im übrigen generell ein zusätzlicher Ansatz zum Ausgleich des nach 2010 möglichen Potentialrückganges. Beispielsweise könnte mit einer Beschleunigung des Produktivitätsfortschrittes um 0,5% p.a. zwischen 2010 und 2030 bereits etwa die Hälfte der in dieser Zeitspanne bei einem Wanderungssaldo von Null und unveränderter Erwerbsbeteiligung drohenden Verringerung des Arbeitskräfteangebots ausgeglichen werden. Allerdings hängt das Tempo des technisch-organisatorischen Fortschrittes wiederum auch von der Aktualität und Höhe der Qualifikation der Arbeitskräfte ab. Und diese könnte durch die Alterungstendenzen der Bevölkerung erheblich gefährdet werden<sup>13</sup>.

#### 4.4 Perspektiven des Generationenvertrages

Häufig werden Einwanderungen als unabweislich zur Lösung der langfristigen Rentenprobleme gesehen. Derar-

<sup>10</sup> Dieser Strukturwandel begünstigt die Hochtechnologie-Industrien und die Dienstleistungen, dabei insbesondere die hochintelligenten und die internationalen Dienstleistungen. Mit „intelligenten Produkten und Diensten“ bestehen auch in der Bundesrepublik nach wie vor Wachstums- und Beschäftigungschancen. Denkbar ist, daß in einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft in Deutschland längerfristig nur noch soviel Industrie- und Dienstleistungstätigkeit nötig ist, „daß Forschung und Entwicklung in Produkte umgesetzt werden können“, wie es Roland Berger einmal formulierte. Die oft weitgehende Fixierung von Politik und Öffentlichkeit auf die Förderung der Industrie greift daher zu kurz. Z.B. ist die Bundesrepublik auf den Gebieten der wertschöpfungsintensiven internationalen Beratungs- und Finanzdienstleistungen unterrepräsentiert und Nettoimporteur. Ferner wird z.B. die Beseitigung und die Vermeidung von Umweltschäden zu einem neuen Wachstumsfeld, auf dem sich die Bundesrepublik Wettbewerbsvorsprünge sichern könnte. Der heute verbreitete Wachstumspessimismus braucht sich keineswegs zu bewahrheiten. Ein Handikap für die Akzeptanz dieser Einschätzung ist allerdings, daß die neuen Märkte und Betätigungsfelder im einzelnen im voraus oft schwerer zu erkennen sind als Rationalisierungsmöglichkeiten. Zu den verschiedenen Kompensationsmöglichkeiten der Freisetzungseffekte des technisch-organisatorischen Fortschrittes vgl. u.a. auch Klauder (1988).

<sup>11</sup> Zur zukünftigen Entwicklung in West- und Ostdeutschland und zu den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten vgl. u. a. auch: Autorengemeinschaft (1993), Blaschke u.a. (1992), Schwerpunkttheft Beschäftigungspolitik (1992), Emmerich/Klauder (1993), Klauder (1991b, 1993).

<sup>12</sup> Wie z.B. Modellrechnungen von 1986 zeigten, ergeben sich allein aus den unterschiedlichen sektoralen Wachstumsperspektiven für die Ausländerbeschäftigung bereits negative Beschäftigungseffekte, wenn man von der bisherigen Verteilung der Ausländer auf die Branchen ausgeht (vgl. Klauder 1986b). Dieses Ergebnis dürfte auch heute noch zutreffen, da nach wie vor ein überdurchschnittlicher Anteil der Ausländer in Branchen beschäftigt ist, die auch nach den jüngsten Vorausschätzungen in Zukunft schrumpfen werden (zu den Branchentendenzen vgl. Prognos AG 1993).

<sup>13</sup> Auf die Gefährdung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft durch die Alterung wird seit der Ende der 70er Jahre begonnenen Debatte um die Folgen des Geburtenrückganges immer wieder hingewiesen. Vgl. z.B. Klauder (1980), S.493 f., Bullinger u.a. (1992).

tigen Überlegungen liegt die Erkenntnis zugrunde, daß - gesamtwirtschaftlich gesehen - die Güter und Dienste für die in einer Periode nichtarbeitenden jüngeren und älteren Generationen im wesentlichen von der in dieser Periode jeweils arbeitenden Generation zur Verfügung gestellt werden müssen.<sup>14</sup> Da die Versorgung der älteren Generation heute weitgehend kollektiv geregelt ist, steht dabei die Belastung der Erwerbstätigen durch die für die Rentenfinanzierung nötigen Umlagen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Von entscheidender Bedeutung ist hierfür zweifellos die demographische Entwicklung.

Nun kann zwar, wie dargestellt, durch Zuwanderung ein Rückgang des Arbeitskräftepotentials abgeschwächt oder verhindert werden. Falls nicht vorwiegend junge Menschen zuwandern, dürfte indessen trotz Zuwanderung so wie auch ohne Zuwanderung 2010 jeder vierte und 2030 jeder dritte Einwohner Deutschlands über 59 Jahre alt sein, während es 1990 erst jeder fünfte war (Übersicht 5). Diesem Anstieg steht eine Verringerung des Anteils der unter 20jährigen Einwohner (von 22% auf Werte um 18%) sowie ein Rückgang des Anteils der Bevölkerung im Alter von 20 bis 59 Jahren (von rd. 58% auf rd. 48%) gegenüber. Dadurch wird sich die Relation der über 59jährigen zu den 20- bis 59jährigen von derzeit rd. 35% auf rd. 70% verdoppeln (Übersicht 7).

**Übersicht 7: Demographische Altenquotienten 1990, 2010, 2030**  
in %

	über 59jährige je 100 20-59jährige	über 64jährige je 100 20-64jährige	über 69jährige je 100 20-69jährige
1990	35,1	23,5	14,7
2010	44,8	31,6	20,5
2030	69,8	44,7	26,2

Quelle: IAB-Bevölkerungsprojektion, Variante 3 einschl. Wanderungssaldo + 4,6 Mio. 1990-2010 (Thon 1991 b und IAB-VII/1-Datenbank)

Dieser sogenannte Altenquotient wird häufig zur Charakterisierung der Alterslast herangezogen, die die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu tragen hat. Nun stellt die Altersgruppe 20-59 Jahre zwar derzeit das Gros der Erwerbstätigen und scheiden die Arbeitnehmer heute im Durchschnitt mit 59 Jahren aus dem Erwerbsleben aus. Aufgrund der Rentenreformgesetze von 1989 wird jedoch

<sup>14</sup> Dieser - als Mackenroth-These bekannte - und für das Umlageverfahren sprechende Zusammenhang ist allerdings theoretisch durchaus in einem gewissen Umfang längerfristig modifizierbar. Wenn man von der nur sehr beschränkt und kurzfristig möglichen Lagerhaltung einmal absieht, könnte z.B. durch erhöhte Investitionen zu Lasten des Konsums der Produktivitätsfortschritt vorangetrieben und damit der zukünftige Arbeitskräftebedarf vermindert werden. Eine andere Möglichkeit wäre, durch hohe Exportüberschüsse spätere Importüberschüsse zu ermöglichen, ein Ansatz, der aber von einem entsprechenden Verhalten der anderen Länder abhängt und längerfristig stabile internationale Verhältnisse voraussetzt. Es dürfte auf der Hand liegen, daß es einer Generation nur in einem sehr begrenzten Umfang möglich sein wird, auf diesen Wegen für ihre Altersversorgung vorzusorgen. Zu der kontroversen Diskussion um die Mackenroth-These vgl. z.B. Felderer (1989) und Oberhauser (1989).

<sup>15</sup> Zu den individuellen, mikro- und makroökonomischen Konsequenzen der Alterung vgl. z. B. Bullinger u. a. (1993) und Klauder (1989b).

<sup>16</sup> Auf diese Zusammenhänge haben IAB-Autoren immer wieder hingewiesen. Vgl. z.B. Klauder (1980, S. 495, 1986a, S. 92 f., 1989b, S. 90 f.), Buttler/Kühlewind (1989), Kühlewind (1992)

die Altersgrenze bis 2010 schrittweise wieder weitgehend auf 65 Jahre angehoben. Setzt man daher ab 2010 die Altersgrenze bei 65 Jahre an, so ergeben sich für 2010 für den Bevölkerungsanteil Älterer (mit 19%) und für den Altenquotienten (mit 32%) sogar niedrigere Werte als 1990 und für 2030 erst die zuvor - bei der Altersgrenze von 60 Jahren - für 2010 errechneten Werte.

Denkbar ist längerfristig auch noch ein weiterer Anstieg der durchschnittlichen Altersgrenze. Schon heute ist häufig ein 70jähriger noch körperlich und geistig so rüstig, wie es die 60jährigen in den 70er Jahren waren. In den USA wurde auf Druck der Senioren bereits vor etlichen Jahren gesetzlich geregelt, daß niemand gezwungen werden darf, wegen des Erreichens eines bestimmten Lebensalters gegen seinen Willen in den Ruhestand zu gehen. Im Oktober 1993 hat schließlich auch das deutsche Bundesarbeitsgericht ein entsprechendes Urteil gefällt.

Angesichts der bislang noch steigenden Lebenserwartung und der Trends in der Arbeitswelt z. B. zu flexibleren und individuelleren Arbeitszeiten und zu körperlich weniger anstrengenden Dienstleistungstätigkeiten könnten vielleicht nicht nur viele Selbständige, Künstler und Politiker, sondern auch viele Arbeitnehmer noch über das 65. Lebensjahr hinaus tätig sein wollen. Wie die Übersicht exemplarisch für eine Altersgrenze von 70 Jahren zeigt, könnte dann der Altenquotient selbst 2030 noch niedriger sein als heute - und das sogar ohne massive Einwanderung. Allerdings wird eine deutlich vermehrte Alterserwerbstätigkeit wohl nur dann realisiert werden können, wenn die älteren Erwerbspersonen ihre Erwerbstätigkeit durch flexiblere und individuellere Arbeitszeiten und Übergänge in den Ruhestand besser ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten anpassen können und wenn außerdem ihre Qualifikation durch Weiterbildung „up-to-date“ gehalten wurde. Ohne entsprechende Arbeitszeitreformen und ohne einen massiven Ausbau der Weiterbildung kann durchaus die Alterung des Erwerbspersonenpotentials die Anpassungs-, Innovations- und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in Zukunft ernsthaft gefährden.<sup>15</sup>

Die verbreitete rein demographische Betrachtungsweise kann jedoch zur Beantwortung der zukünftigen Alterslast nur sehr grobe Hinweise geben. Denn sie berücksichtigt weder die nach Alter, Geschlecht und Nationalität unterschiedliche Erwerbsbeteiligung noch die Entwicklung von Umfang und Struktur des Arbeitskräftebedarfs und der Arbeitslosigkeit.<sup>16</sup>

Aussagekräftiger sind um den Erwerbsstatus modifizierte Altenquotienten, bei denen nur noch ältere Nicht-Erwerbspersonen auf Erwerbspersonen bezogen werden (Übersicht 8). Aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung würde sich auch dieser Quotient bis 2030 verdoppeln (von 30 auf 60%). Die Zunahme um 30 Prozentpunkte ließe sich allerdings bis 2030 z. B. durch eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit um bis zu maximal 10%-Punkte und eine weitere Anhebung der Altersgrenze von 65 auf 70 Jahre um gut 6%-Punkte vermindern, insgesamt mithin bei diesen Annahmen etwa halbieren. Der Einfluß der in den IAB-Projektionen unterstellten, „normal strukturierten“ Wanderungen auf dieses Ergebnis ist dagegen minimal. Erst wenn ständig im Umfang von jährlich mehreren Hunderttausend vorwiegend junge Leute per Saldo zuwandern würden, könnten Zuwanderungen die sogenannte „Alterslast“ merklich mildern, wobei aber häufig übersehen wird, daß auch diese Zuwanderer eines Tages die Zahl der Rentner erhöhen. Ferner könnte eine höhere Frauener-

### Übersicht 8: Modifizierte Altenquotienten

Ältere Nicht-Erwerbspersonen in % des Erwerbspersonenpotentials

IAB-Varianten/Einflußannahme	Nicht-Erwerbspersonen 65 Jahre und älter je 100 Erwerbspersonen 20-74 Jahre		
	1990	2010	2030
Variante 1: Demographie ohne Wanderungen	29,5	41,9	60,1
Variante 3: Demographie + Verhaltensänderung bis 2010 (mittlerer Trend, Altersgrenze ab 2011 65 Jahre) + Wanderung (1991-2010: + 4,6 Mio.)	29,5	38,5	56,1
Variante 3: mit zusätzlichen Verhaltenseffekten a: + steilerer Trend der westdeutschen Frauen-EQ bis 2010	-	37,7	55,1
a + b: + weiterer Anstieg der Frauen-EQ bis 2030 auf Männer-Niveau v. 2010	-	-	49,6
a + b + c: + Anstieg der Altersgrenze auf 70 Jahre bis 2030 (EQ der 65- bis 69jährigen $\frac{2}{3}$ der EQ der 60- bis 64jährigen von 2010)	-	-	43,2

Anmerkung: EQ = Erwerbsquote  
Mittlerer Trend = untere westdeutsche + obere ostdeutsche Variante der Frauenerwerbstätigkeit

Quelle: IAB-VII/1-Potentialprojektionen (Thon 1991 b und Berechnungen von 1993)

werbstätigkeit ohne eine wesentlich bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familientätigkeit auch zu vermehrten gesellschaftspolitischen Problemen, insbesondere zu noch niedrigeren Geburtenziffern führen und somit längerfristig einer Minderung der Altenlast wieder entgegenwirken (vgl. Klauer 1992).

Zu wenig beachtet wird dagegen nicht selten die Bedeutung eines hohen Beschäftigungsgrades. Gegenwärtig ließe sich die Belastung der arbeitenden Generation allein hierdurch schon um einige Prozentpunkte verringern. Z.B. betrug 1992 in Gesamtdeutschland der Anteil aller Erwerbstätigen an der Bevölkerung 44,5%, der Anteil des gesamten Erwerbspersonenpotentials jedoch 51,6%. Diese globale Potential-Erwerbsquote würde selbst ohne jegliche Nettozuwanderung und ohne Steigerung der Frauen- und Alterserwerbsbeteiligung bis 2030 nur auf 44,4% absinken und damit nur auf das Niveau der westdeutschen Potentialerwerbsquoten in den Vollbeschäftigungsjahren 1968 bis 1973 bzw. der derzeitigen Erwerbstätigenquote (Übersicht 9). Das Alterssicherungsproblem ist demzufolge zu einem erheblichen Teil erstens auch ein Vollbeschäftigungsproblem und zweitens ein Problem der Akzeptanz einer Umverteilung von der noch weitgehend individuell getragenen „Jugendlast“ zur kollektiven „Alterslast“.

### 5 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Betrachtet man die Aussagen der voranstehenden Abschnitte im Zusammenhang, so ergibt sich für die demographischen und ökonomischen Auswirkungen einer Zuwanderung ein sehr differenziertes Bild. Grundsätzlich ist in einem Industrieland wie der Bundesrepublik Bevölkerungswachstum dem wirtschaftlichen Expansionsklima förderlich. Auch ein Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderungen kann sich per Saldo letztlich günstig auf Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt und öffentliche Haushalte einschl. der Sozialversicherungen auswirken.

Diese grundsätzlich positive Einschätzung ist jedoch in viererlei Hinsicht einzuschränken: Erstens scheint die positive Wirkung sehr ausgeprägt vom Anteil qualifizierter Erwerbspersonen bei den Zuwanderern abzuhängen. Zweitens erhöhen die Zuwanderer zunächst die Zahl der Arbeitsuchenden und die öffentlichen Ausgaben. In Krisen- oder Rezessionszeiten kann diese Belastung des Arbeitsmarktes und der öffentlichen Haushalte auch länger anhalten und Verfestigungstendenzen bei der Arbeitslosigkeit verstärken, zumal bei größeren und anhaltenden Zuwanderungsschüben. Drittens vermag eine Zuwanderung den Alterungsprozeß und die daraus resultierenden strukturellen Probleme, etwa bei der Alterslast, nicht wesentlich zu mildern, es sei denn, es wanderten in größerem Umfang vorwiegend nur Jugendliche zu. Viertens berücksichtigt diese ökonomische Global-Analyse weder sektorale oder regionale Besonderheiten noch soziale Folgeprobleme und die sonstigen gesellschaftspolitischen Fragen.

Insgesamt gesehen dürften die Zuwanderungen in die Bundesrepublik bis zum Beginn der derzeitigen Rezession im Jahre 1992 in ökonomischer Sicht überwiegend eine Stütze gewesen sein. Solange die derzeitige hohe Arbeitslosigkeit anhält, bedeuten weitere Netto-Zuwanderungen jedoch auch ökonomisch eher eine Belastung. Dies gilt insbesondere für unqualifizierte und der deutschen Sprache kaum mächtige Zuwanderer, da der Anteil der Arbeitsplätze für unqualifizierte Arbeit in Zukunft drastisch sinken wird.

Die häufig aufgrund des Geburtenrückganges befürchtete allgemeine Arbeitskräftknappheit ist vorerst nicht in Sicht. Bereits der noch zu erwartende Aussiedlerzustrom dürfte im Verein mit den steigenden westdeutschen Frauenerwerbsquoten und der Wiederanhebung der Altersgrenze auf 65 Jahre ausreichen, das Arbeitskräftepotential bis 2010 nicht absinken zu lassen. Allerdings ist mit anhaltendem Fachkräfte- und Nachwuchsmangel zu rechnen.

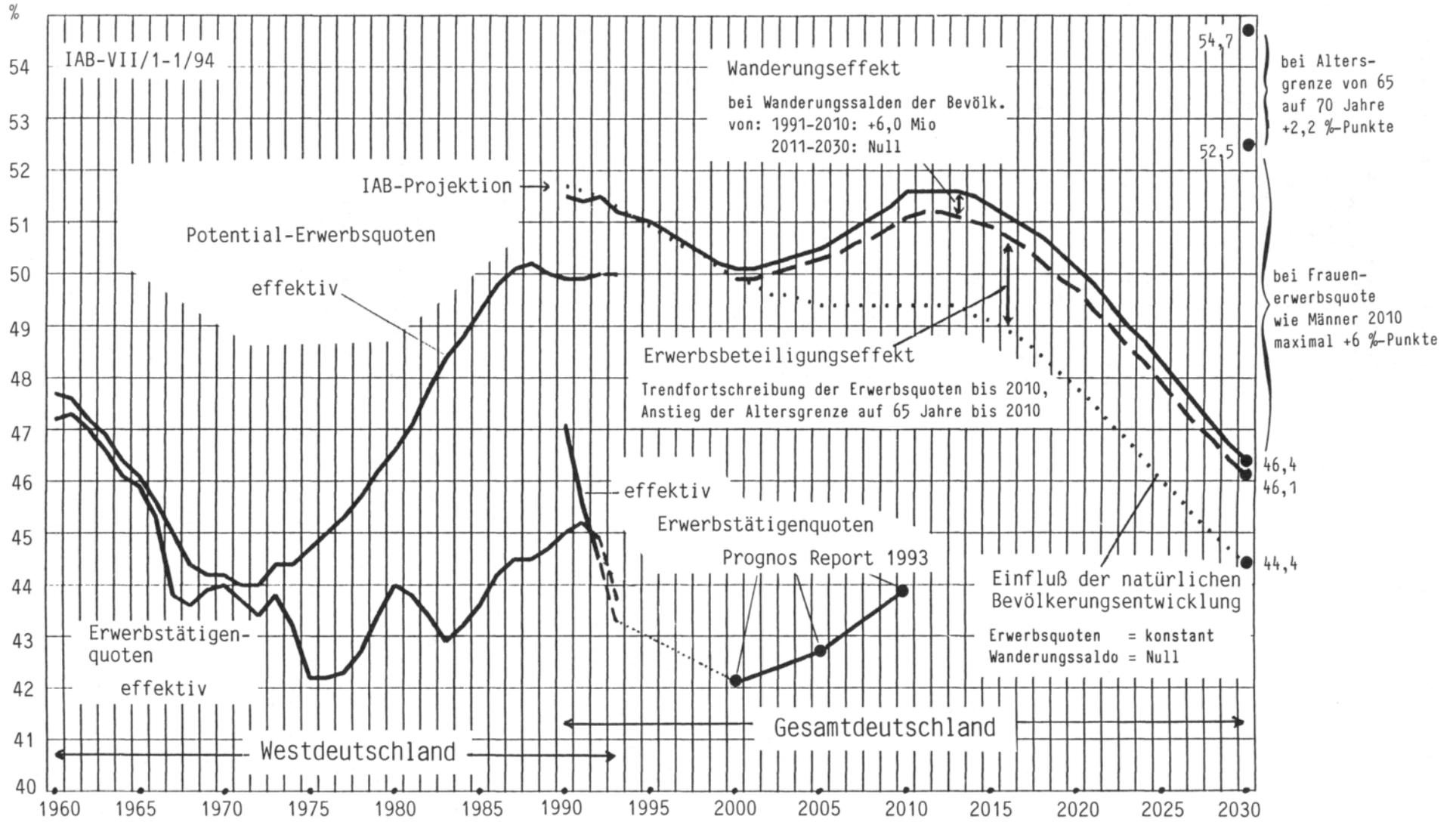
Selbst nach 2010, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter kommen, besteht kein Zwang zu umfangreicheren Zuwanderungen. Möglichkeiten, einen Potentialrückgang zumindest teilweise zu kompensieren, wären höhere Alters- und Frauenerwerbstätigkeit, längere Jahresarbeitszeiten, Forcierung des Produktivitätsfortschritts, Ansatzpunkte, die aber ebenfalls Probleme aufwerfen und sicherlich einen massiven Ausbau der Weiterbildung sowie erheblich flexiblere und individuellere Jahresarbeitszeiten und Übergänge in den Ruhestand voraussetzen. Der drohende Anstieg der Gesamtbelastung der Erwerbstätigen zur Versorgung der Nichterwerbstätigen könnte außerdem entscheidend durch den Abbau der Arbeitslosigkeit verringert werden.

Ohne weitere Netto-Zuwanderungen würde allerdings die Bevölkerung in Zukunft zunehmend schrumpfen. Dies

**Übersicht 9: Globale Erwerbsquoten 1960-2030**

Erwerbspersonenpotential und Erwerbstätige in % der gesamten Wohnbevölkerung in Westdeutschland 1960-1993 und in Gesamtdeutschland 1990-2030

in %



Quelle: Statistisches Bundesamt; IAB-Datenbanke (VII/1 u. VII/2); Thon, M.: Perspektiven des Erwerbspersonenpotentials in Gesamtdeutschland bis zum Jahre 2030, in: MittAB 4/91; Prognos AG: Die Bundesrepublik Deutschland 2000-2005-2010, Basel, Mai 1993

könnte die Absatz- und Wachstumserwartungen der Wirtschaft dämpfen und die Wirtschaftsprobleme verstärken. Bei weiter fortschreitender Internationalisierung und Auslandsorientierung der Wirtschaft werden die Inlandsmärkte jedoch für viele Wirtschaftszweige weiter zugunsten der Auslandsmärkte an Bedeutung verlieren.

Angesichts der internationalen Tendenzen dürften aber ohnehin gewisse Nettozuwanderungen unvermeidbar sein. Wie gezeigt, bilden diese auch eine Alternative zu anderen Ansatzpunkten bei der Anpassung von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Sozialsystem an niedrige Geburtenziffern und Alterung, können mithin die Anpassungslast an anderer Stelle mildern. Voraussetzung ist aber zweifellos, daß nicht durch einen unkontrollierten Zustrom die jeweilige Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes und die Qualifizierungs- und Integrationsfähigkeit der Zuwanderer sowie die Absorptionsbereitschaft der einheimischen Bevölkerung überfordert werden. Hierzu bedarf es einer sowohl integrierenden als auch reglementierenden bewußten Einwanderungspolitik, abgestimmt mit den übrigen EG-Ländern und verknüpft mit vermehrten Schritten zur Lösung der Wirtschafts- und Beschäftigungsprobleme der Herkunftsländer.<sup>17</sup>

#### Literaturverzeichnis

Autorengemeinschaft (1992): Der Arbeitsmarkt 1992 und 1993 in der Bundesrepublik Deutschland. In: MittAB 4, S. 457-482

Autorengemeinschaft (1993): Der Arbeitsmarkt 1993 und 1994 in der Bundesrepublik Deutschland. In: MittAB 4 (in diesem Heft)

Barabas, György / Gieseck, Arne / Heilemann, Ullrich / von Loeffelholz, Hans Dietrich (1992): Gesamtwirtschaftliche Effekte der Zuwanderung 1988 bis 1991. In: RWI-Mitteilungen, Jg. 43, S. 133-154

Blaschke, Dieter u.a. (1992): Der Arbeitsmarkt in den neuen Ländern – Zwischenbilanz und Herausforderungen. In: MittAB 2, S. 119-135

Bolte, Karl Martin (Bearb.) (1980): Bestimmungsgründe der Geburtenentwicklung und Überlegungen zu einer möglichen Beeinflussbarkeit. In: Bevölkerungsentwicklung und nachwachsende Generation, Bericht eines Arbeitskreises der Gesellschaft für sozialen Fortschritt. Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 93. Stuttgart: Kohlhammer

<sup>17</sup> Wie ein solches Gesamtkonzept in Umrissen aussehen könnte, hat der Autor schon 1982 auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft vorgetragen. Als Ansatzpunkte für politische Maßnahmen müßten in ein Gesamtkonzept nicht nur die Wanderungen selbst, sondern alle Mechanismen einbezogen werden, die es zum Ausgleich demographischer und ökonomischer internationaler Entwicklungsunterschiede und damit zur Förderung unterentwickelter Länder gibt; außer den Wanderungen auch die Warenströme, die Geld- und Sachkapitalströme und schließlich Humankapitaltransfers zur Verbesserung der allgemeinen Entwicklungsgrundlagen eines Landes etwa durch Beratung und Ausbildung (die Hilfe zur Selbsthilfe). Hinsichtlich der Zuwanderer selbst wäre strikt zwischen Einwanderungs- und Wanderarbeiterstatus zu unterscheiden und als ein wichtiges Mittel zur Reduzierung des Arbeitslosigkeitsrisikos und des Konfliktpotentials die volle Integration auch der Ausländer in die deutsche Schule und in die deutsche Berufsausbildung anzusehen. Diese Aufgabe wird erhebliche Anstrengungen um die Nachqualifizierung und Weiterbildung einschließen müssen. Denken könnte man darüber hinaus auch an eine Bildungsoffensive zur Vermittlung deutscher Sprache und deutscher Kultur an alle Zuwanderer als Voraussetzung für eine befriedigende berufliche und soziale Integration, für die personale Assimilierung und zur Vermeidung problematischer Unterschichtungs- und Segregationsprozesse (vgl. Klauer 1982, 1984).

Brinkmann, Christian/Kohler, Hans (1989): Teilzeitarbeit und Arbeitsvolumen. In: MittAB 4, S. 478

Bullinger, Hans-Jörg u.a. (Hrsg.) (1993): Alter und Erwerbsarbeit der Zukunft. Berlin-Heidelberg: Springer

Buttler, Friedrich / Kühlewind, Gerhard (Hrsg.) (1989): Erwerbstätigkeit und Generationenvertrag – Perspektiven bis 2030. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB) 130. Nürnberg

Chruscz, Detlef/ Höpcke, Hauke (1993): Alterung und Schrumpfung des Erwerbspotentials in der Europäischen Gemeinschaft. In: Schmid, Josef (Hrsg.), Bamberger Materialien zur Bevölkerungswissenschaft

Dinkel, Reiner H. / Lebok, Uwe (1993a): Können durch Zuwanderung die Alterung der Bevölkerung und die daraus resultierenden Zusatzlasten der Sozialen Sicherung aufgehalten oder gemildert werden? In: Deutsche Rentenversicherung 6, S. 388-400

Dinkel, Reiner H. / Lebok, Uwe (1993b): Die langfristige Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials bei alternativen Annahmen über die (Netto)Zuwanderung nach Deutschland. In: MittAB 4 (in diesem Heft)

Emmerich, Knut / Klauer, Wolfgang (1993): Ein Arbeitsmarkt im Umbruch, Bestandsaufnahme und Perspektiven. IAB-Werkstattbericht Nr. 19

Engelbrech, Gerhard / Beckmann, Petra (Hrsg.) (1994): Arbeitsmarkt für Frauen 2000 – Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück? – Kompendium zur Erwerbstätigkeit von Frauen. BeitrAB 179. Nürnberg (erscheint demnächst)

Engels, Wolfram (1993): Ausländer rein. In: Wirtschaftswoche Nr. 40

Feichtinger, Gustav (1977): Bemerkungen über stationäre und schrumpfende Bevölkerungen. In: Derselbe (Hrsg.): Stationäre und schrumpfende Bevölkerungen. Lecture Notes in Economics and Mathematical Systems, Bd. 149. Berlin-Heidelberg-New York: Springer

Felderer, Bernhard (1983): Wirtschaftliche Entwicklung bei schrumpfender Bevölkerung. Berlin-Heidelberg-New York-Tokyo: Springer

Felderer, Bernhard (1989): Soziale Lasten und Generationenfolge. In: Buttler, Friedrich / Kühlewind, Gerhard (Hrsg.): Erwerbstätigkeit und Generationenvertrag. BeitrAB 130. Nürnberg, S. 35-12

Felderer, Bernhard (Hrsg.) (1990): Bevölkerung und Wirtschaft. Schriften des Vereins für Socialpolitik NF Bd 202. Berlin: Duncker u. Humblot

Franz, Wolfgang / Smolny, Werner (1990): Internationale Migration und wirtschaftliche Entwicklung: Eine theoretische und empirische Analyse mit Hilfe eines Mengenrationierungsmodells. In: Felderer, Bernhard, Bevölkerung und Wirtschaft. Berlin: Duncker u. Humblot

Franz, Wolfgang (1993): Zur ökonomischen Bedeutung von Wanderungen und den Möglichkeiten und Grenzen einer Einwanderungspolitik. Diskussionspapier Nr. 3. Konstanz: Universität Konstanz

Fuchs, Johann / Magvas, Emil / Thon, Manfred (1991): Erste Überlegungen zur künftigen Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials im Gebiet der neuen Bundesländer. In: MittAB 4, S. 689-705

Gundlach, Erich (1993): Rezension zu Bernhard Felderer, Bevölkerung und Wirtschaft. In: Weltwirtschaftliches Archiv 2, S. 432-435

Hof, Bernd (1993): Europa im Zeichen der Migration. Szenarien zur Bevölkerungs- und Arbeitsmarktentwicklung in der Europäischen Gemeinschaft bis 2020. Köln: Deutscher Institutsverlag

- Hofer, Peter (1990): Szenarien der wirtschaftlichen Entwicklung. Basisüberlegungen zur Studie „Arbeitslandschaft bis 2010 nach Umfang und Tätigkeitsprofilen“. In: MittAB I, S. 1-21
- Höhn, Charlotte (1992): Aktuelle Bevölkerungsfragen in Europa und in den anderen Industrieländern. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 18, H. 3, S. 271-289
- Hönekopp, Elmar (Hrsg.) (1987): Aspekte der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland. BeitrAB 114. Nürnberg
- Hönekopp, Elmar (1991): Ost-West-Wanderungen: Ursachen und Entwicklungstendenzen. In: MittAB I, S. 115-133
- Hönekopp, Elmar (1993): Das Haupteinwanderungsland Europas sollte sich den Realitäten stellen. In: Die Mitbestimmung 10, S. 65-69
- Jahnke, Wilfried (1990): Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 2000 – Simulationsergebnisse mit einem makroökonomischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland. In: Felderer, Bernhard (Hrsg.), Bevölkerung und Wirtschaft. Berlin: Duncker u. Humblot, S. 211-229
- Klages, Helmut (1988): Wertedynamik. Zürich-Osnabrück: Fromm-Verlag
- Klauder, Wolfgang (1980): Die Bedeutung des Bevölkerungsrückganges für Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Politik. In: MittAB 4, S. 485-497
- Klauder, Wolfgang (1982): Die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland? – Tendenzen und Probleme. In: Linke, W. / Schwarz, K. (Hrsg.): Aspekte der räumlichen Bevölkerungsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden, S. 89-121
- Klauder, Wolfgang (1984): Konsequenzen der Ausländerbeschäftigung für die Politik: von der Notwendigkeit und Struktur eines Gesamtkonzepts. In: Bade, Klaus J. (Hrsg.), Auswanderer, Wanderarbeiter, Gastarbeiter – Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Bd. 2. Ostfildern, S. 804-808
- Klauder, Wolfgang (1986a): Auswirkungen der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung auf den Arbeitsmarkt – Analysen auf der Grundlage von Modellrechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. In: Allgemeines Statistisches Archiv 70, S. 75-96
- Klauder, Wolfgang (1986b): Tendenzen und Perspektiven der Ausländerbeschäftigung. In: Papalekas, J. Chr. (Hrsg.), Strukturwandel des Ausländerproblems: Trends – Modelle – Perspektiven. Bochum: Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, S. 81-123
- Klauder, Wolfgang (1988): Technischer Fortschritt und Beschäftigung. In: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 3, S. 113-120
- Klauder, Wolfgang (1989a): Bevölkerungsentwicklung, Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung. In: Scherf, Harald (Hrsg.): Beschäftigungsprobleme hochentwickelter Volkswirtschaften. Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 178. Berlin: Duncker u. Humblot
- Klauder, Wolfgang (1989b): Arbeitsmarkt und Ausscheiden Älterer aus dem Erwerbsleben – gegenwärtige und zukünftige Tendenzen und Probleme. In: Sozialer Fortschritt 4, S. 85-95
- Klauder, Wolfgang (1990): Arbeitswelt der Zukunft – Rahmenbedingungen und ihre Folgen. Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MatAB) I
- Klauder, Wolfgang (1991a): Ohne Fleiß kein Preis: Die Arbeitswelt der Zukunft. 2., unveränderte Auflage. Zürich-Osnabrück: Fromm-Verlag
- Klauder, Wolfgang (1991b): Der gespaltene Arbeitsmarkt im vereinten Deutschland. In: Herderkorrespondenz 4, S. 164-170
- Klauder, Wolfgang (1992): Wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit heute und morgen. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 18, H. 4, S. 435-463
- Klauder, Wolfgang (1993): Droht hohe Dauerarbeitslosigkeit? In: Herderkorrespondenz 9, S. 467-473
- Knabe, B. (1992): Die künftigen Wanderungsbewegungen zwischen dem geeinten Deutschland und den osteuropäischen Ländern. In: Informationen zur Raumentwicklung H. 9/10, S. 763-767
- Koll, Robert / Ochel, Wolfgang / Vogler-Ludwig, Kurt (1993): Auswirkungen der internationalen Wanderungen auf Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Infrastruktur. In: ifo-Schnelldienst 6, S. 7-17
- Kühlewind, Gerhard (1989): Zur längerfristigen Entwicklung verschiedener Belastungsquoten – Perspektiven bis 2030. In: Buttler, Friedrich / Kühlewind, Gerhard (Hrsg.), Erwerbstätigkeit und Generationenvertrag – Perspektiven bis 2030. BeitrAB 130. Nürnberg, S. 106-129
- Kühlewind, Gerhard (1992): Generationenvertrag oder Generationenkonflikt? MatAB I
- Lesthaeghe, Ron (1992): Der zweite demographische Übergang in den westlichen Ländern: Eine Deutung. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Jg. 18, H. 3, S. 313-354
- Oberhauser, Alois (1989): Sozialleistungen, Kreislaufzusammenhänge und Beschäftigung. In: Buttler, Friedrich / Kühlewind, Gerhard (Hrsg.), Erwerbstätigkeit und Generationenvertrag. BeitrAB 130. Nürnberg S. 27-34
- Prognos AG (Hofer, Peter / Weidig, Inge / Wolff, Heimfrid, Bearb.) (1989): Arbeitslandschaft bis 2010 nach Umfang und Tätigkeitsprofilen. BeitrAB 131. Nürnberg
- Prognos AG (Franzen, Detlef u.a., Bearb.) (1993): Die Bundesrepublik Deutschland 2000-2005-2010. Basel
- Schulz, Erika (Bearb.) (1993): Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 mit Ausblick auf 2040. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 29, S. 393-404
- Schwarz, Karl (1992): Zusammenfassung. In: Derselbe (Hrsg.), Frauenerwerbstätigkeit – Demographische, soziologische, ökonomische und familienpolitische Aspekte. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, H. 77. Wiesbaden
- Schwerpunktheft Beschäftigungspolitik (1992): MittAB 3
- Sommer, Bettina (1992): Entwicklung der Bevölkerung bis 2030, Ergebnis der siebten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. In: Wirtschaft und Statistik 4, S. 217-222 und S. 220\*-221\*
- Spitznagel, Eugen (1987): Gesamtwirtschaftliche Aspekte der Ausländerbeschäftigung. In: Hönekopp, Elmar (Hrsg.), Aspekte der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland. BeitrAB 114, Nürnberg, S. 243-286
- Stobbe, Alfred (1987): Volkswirtschaftslehre III, Makroökonomik. 2., völlig überarbeitete Auflage. Berlin-Heidelberg: Springer
- Thon, Manfred (1991a): Neue Modellrechnungen zur Entwicklung des Erwerbsspersonentials im bisherigen Bundesgebiet bis 2010 mit Ausblick bis 2030. In: MittAB 4, S. 673-687
- Thon, Manfred (1991b): Perspektiven des Erwerbsspersonentials in Gesamtdeutschland bis zum Jahre 2030. In: MittAB 4, S. 706-712